



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

MORDSGESCHÄFT WAFFENHANDEL

Felix Oekentorp: Das Völkerrecht ist nicht alles, aber ohne es hätten wir es noch schwerer

Frank Brendle: Bundeswehr-Tradition – Wieviel Wehrmacht soll es sein?

Jürgen Grässlin: Das neue „Global Network - Stop the Arms Trade“

DFG-VK vor Ort: Die Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 26
Telefax 0711 - 24 86 96 22
E-Mail office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Thorge Ott
E-Mail ott@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 26
Telefax 0711 - 24 86 96 22
E-Mail shop@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und DFG-VK-Gruppen im Internet:

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
Telefon 0231 - 81 80 32
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Liebe Leserin, lieber Leser,
vielen Dank für die zahlreichen positiven Rückmeldungen zur Neugestaltung der *ZivilCourage*. Es gab aber auch einen sehr kritischen Kommentar, in dem es aus einer DFG-VK-Gruppe hieß: Wir haben „die letzte *ZivilCourage* als wenig informativ und wenig aktionsorientiert empfunden“.

So ganz kann ich diese Einschätzung nicht nachvollziehen, widmete sich doch die Titelgeschichte der voraussichtlich größten Friedensaktion in diesem Jahr, nämlich *Frieden geht!*, dem Staffellauf gegen Rüstungsexporte.

Und ich gebe zu: Die *ZivilCourage* soll vor allem die DFG-VK in ihrer Vielfaltigkeit und Breite abbilden. „Aktionsorientierung“ ist deshalb lediglich ein Aspekt unter vielen anderen. Zudem bezweifle ich ein bisschen den Stellenwert von Zeitschriftenartikeln bei der Mobilisierung für Aktionen. Die ist mir oft mehr agitatorisch als informativ und zu wenig aus einer gut begründeten pazifistisch-antimilitaristischen Gesamtstrategie erklärt.

Auch insofern freut es mich, dass David Scheuing im Interview ab Seite 30 den Finger in diese „Wunde“ legt und dafür plädiert, den Dialog zwischen Friedensbewegung und Friedenswissenschaft wieder zu entwickeln.

Dazu passt auch, was Otto Reger in seiner Vorstellung der Gruppe Mannheim-Ludwigshafen in der Rubrik „DFG-VK vor Ort“ ab Seite 18 schreibt: „Angesichts von Falschmeldungen, dubiosen Internetseiten und mittels Suchmaschinennutzung angeeignetem Halbwissen war es uns ein sehr wichtiges Anliegen, uns wieder mehr mit den Inhalten zu beschäftigen. Das bedeutet, seriöse und verlässliche Quellen zu finden, auszuwählen, zu lesen und – oft unterschätzt! – darüber zu diskutieren.“

Ja, lasst uns mehr diskutieren und konstruktiv streiten. Auch hier in dieser Zeitschrift!

Abschließend will ich dieses Mal gewissermaßen „Werbung für die Konkurrenz“ machen, und zwar für die Mai-Ausgabe der Zeitschrift *graswurzelrevolution* (für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft; *gwr*). Der Anlass ist allerdings ein trauriger: Am 11. März starb im Alter von nur 51 Jahren der Grafiker Johannes Sternstein an einem Gehirntumor. Auf einer Doppelseite erinnert die *gwr* ausführlich an ihn – auch deshalb, weil er seit Ende der 1980er Jahre lange Zeit die Zeitschrift gestaltete. Und er war eben nicht nur Layouter, sondern ein politischer Freund.

Auch für mich. Ich hatte ihn in der ersten Hälfte der achtziger Jahre als Stuttgarter und Totalen Kriegsdienstverweigerer kennengelernt. Und beides war ich ja selbst auch. Deswegen ergab es sich, dass wir für einige Zeit bei der Erstellung der Totalverweigerungszeitschrift „Ohne uns“ eng zusammenarbeiteten. Er erstellte das Layout und kümmerte sich um den Druck, ich arbeitete mit einigen anderen Totalen Kriegsdienstverweigerern redaktionell und sammelte so meine ersten friedenspolitisch-journalistischen Erfahrungen.

Mein Interesse an Typografie und Layout wurde durch Johannes Sternstein mit geweckt und befruchtet. Dass ich seit mittlerweile 19 Jahren redaktionell und gestalterisch für die *ZivilCourage* verantwortlich bin, hat auch mit Johannes Sternstein zu tun, weshalb mir diese Erinnerung an den Freund und Kollegen und der Hinweis auf seine Würdigung in der *gwr* (<http://www.graswurzel.net/429/johannes1.php> und [...2.php](http://www.graswurzel.net/429/johannes2.php)) erlaubt sei.

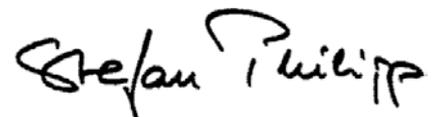


Foto: privat

Das Völkerrecht ist nicht alles, aber ohne es hätten wir es noch schwerer

Von Felix Oekentorp



Foto: privat

Die Türkei hat am 20. Januar 2018 im Rahmen ihrer Militäroperation „Olivenzweig“ den mehrheitlich kurdisch besiedelten Selbstverwaltungskanton Afrin in Nordsyrien auch mit Leopard-2-Kampfpanzern aus deutscher Produktion angegriffen.

Die türkischen Streitkräfte agieren dabei gemeinsam mit regimefeindlichen syrischen Oppositionsmilizen, die sich unter dem Dach der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) zusammengeschlossen haben. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages werteten am 1. Februar den türkischen Einmarsch als Völkerrechtsbruch. Mitte März lagen dem Bundestag vier Anträge der Oppositionsfraktionen vor, die deshalb eine Verurteilung des türkischen Vorgehens verlangten. Inzwischen befinden sich hunderttausende Menschen als Binnenvertriebene auf der Flucht. Zehntausende Menschen aus Afrin benötigen dringend humanitäre Hilfe.

Es ist absolut unerträglich für jeden fühlenden Menschen, was in Afrin geschieht. Und es handelt sich um einen Verstoß gegen das Völkerrecht.

Aber für uns, für Mitglieder der DFG-VK, die wir alle die Grundsatzzerklärung der WRI unterschrieben haben, in der es heißt „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“, muss es letztlich egal sein, ob dieser Krieg vom Völkerrecht gedeckt ist oder nicht. Wir setzen uns ein gegen jeden Krieg. Ohne Ansehen der Profiteure und ohne Ansehen der Rechtfertigungsversuche der Beteiligten.

Wenn Abgeordnete im Bundestag sich auf das Völkerrecht berufen bei ihrer Beurteilung, dann ist das ihre Aufgabe, das Völkerrecht gehört zu ihrem Handwerkszeug. Und wenn

wir das Völkerrecht als Argument gegen diesen Kriegseinsatz vorbringen, dann ist das gerechtfertigt als eines von vielen Argumenten.

In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen heißt es, man sei fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren. So weit deckt sich das mit unseren Überzeugungen. Aber ähnlich dem deutschen Grundgesetz wurde und wird auch hier gerne hinter den Kulissen daran geschraubt und gefeilt, bis vom ursprünglichen Kern immer weniger zu erkennen ist. Wer hat denn mitbekommen, dass im deutschen Strafrecht der § 80 (Führen eines Angriffskrieges) gestrichen wurde? Wer weiß denn noch, wie George W. Bush verlangte, es sei höchste Zeit, die Spielräume präventiver Selbstverteidigung zu erweitern, weshalb der Sicherheitsrat den Begriff der Selbstverteidigung nach Artikel 51 ausdehnen müsse, genauer: den Einsatz militärischer Gewalt auch bei einer bloß vermuteten, latent drohenden und erst später aktuellen Gefahr zulassen.

Da handelt es sich um einen zynischen Versuch der Dynamisierung des Rechts, was geltende Normen entkernt und sie situativ gefügig macht. Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstemmen, denn wenn das Völkerrecht auch nur einen kriegswilligen Herrscher davon abgehalten hat sein Militär in einen Krieg zu schicken, dann war es wertvoll. Aber: Den Toten und Verstümmelten, den Vergewaltigten und Vertriebenen, also denen, auf deren Seite wir stehen, wird es herzlich egal sein, ob der Krieg, dessen Opfer sie wurden, vom Völkerrecht gedeckt war oder nicht.

Felix Oekentorp ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.

Inhalt

Titel

04 Global denken und vernetzt handeln – Mit einem neuen Netzwerk den internationalen Waffenhandel stoppen.

07 Deutsche Waffenexporte für den Völkermord

09 Sig-Sauer-Manager vor Gericht

12 Munitionswerke für die Welt

Antimilitarismus

13 Bundeswehr-Tradition: Wieviel Wehrmacht soll es sein?

16 Nein zu Panzern als „autonome Kampfroboter“

DFG-VK vor Ort

18 ... zum Beispiel die Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

DFG-VK informativ

21 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

International

22 Global betrachtet

Datenschutz

24 Facebook – „Gefällt mir nicht!“

Zwischenruf

28 Wo war und ist die Stimme der DFG-VK bei Afrin?

Rückblick

29 Fotografische Impressionen vom Ostermarsch 2018

Interview

30 ... mit DFG-VK-Aktivist David Scheuing zur Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung

27 Impressum

33 Briefe

35 Feldpost

35 Beitrittserklärung zur DFG-VK



MORDESGESCHÄFT WAFFELNHANDEL

Global denken und vernetzt handeln

Mit einem neuen weltweiten Netzwerk den internationalen Waffenhandel stoppen

Von Jürgen Grässlin

10 Prozent Steigerung der weltweiten Waffentransfers. Die Welt der Waffensexporte ist in Bewegung geraten, im Schlechten wie im Guten.

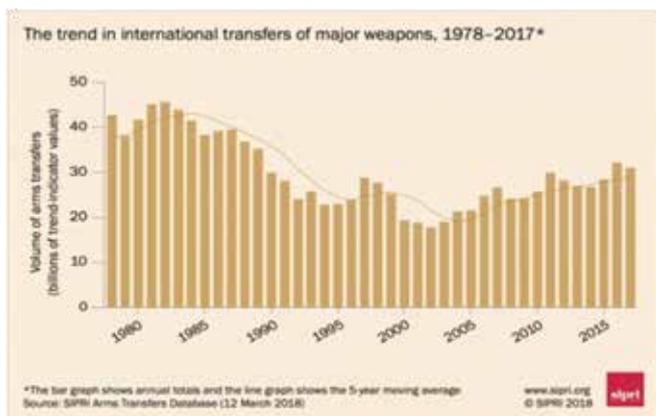
Das Schlechte vorweg: In Anbetracht der langjährigen Krisen und Kriege haben die Staaten im Nahen Osten im letzten Jahr fünf weit aus

mehr Großwaffensysteme wie Kampfpanzer, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Militärhelikopter importiert als im gleichen Zeitraum zuvor. Dies belegen Recherchen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts *Sipri* vom März.

Laut dem *Sipri*-Forschungsleiter Pieter Wezeman seien die meisten Länder in der Region direkt an gewalt-

tätigen Auseinandersetzungen beteiligt. In Westeuropa und Nordamerika habe es politische Debatten darüber gegeben, nicht mehr derart viele Waffen in die Region zu liefern. Dennoch „bleiben die USA und europäische Staaten die Hauptexporteure“.

Die *Sipri*-Erkenntnisse basieren auf den Fünfjahresvergleichen von 2013 bis 2017 mit dem Zeitraum 2008



Verträge über Waffensysteme zur Raketenabwehr geschlossen worden, deren Auslieferung in den kommenden Jahren erfolge. Zudem würden Verträge mit US-amerikanischen Unternehmen über die milliardenschwere Beschaffung von Kampfflugzeugen die Importzahlen wieder nach oben treiben.

Anstieg: der Trend im internationalen Handel mit Großwaffensystemen

bis 2012. Dabei verheißen die Resultate insbesondere für die Staaten des Nahen Ostens nichts Gutes. Diese hätten ihre Importe im Vergleichszeitraum mehr als verdoppelt. Mit 32 Prozent sei nahezu jede dritte verkaufte Waffe in den vergangenen fünf Jahren in die Krisen- und Kriegsregion Nahost gegangen.

Weltweit wuchs der internationale Waffenhandel, berechnet für Exporte und Importe, um beachtliche zehn Prozent, wobei auch Asien und Ozeanien zulegten. Ein Lichtblick: Weniger Rüstungsgüter flossen nach Europa, Amerika und Afrika, teilweise begründet mit Wirtschaftskrisen.

Die global führenden Großwaffenimporteure... Mit einem Weltmarktanteil von 12 Prozent rangiert Indien weiterhin auf Platz eins der Waffenimporteure. Der Friedensforscher Wezeman begründet diese Tatsache mit den Spannungen zwischen Indien auf der einen Seite und Pakistan und China auf der anderen Seite. Diese „be-feuern Indiens wachsende Nachfrage nach Waffen“, die es selbst weiterhin nicht produzieren könne. Mit einer Verdreifachung seiner Waffenimporte folgte Saudi-Arabien auf Rang zwei, gefolgt von Ägypten, den Arabischen Emiraten und China.

Auch wenn die Importe der europäischen Staaten in besagtem Zeitraum um gut ein Fünftel sanken, stimmt die Sipri-Prognose nachdenklich: Aufgrund zunehmender Spannungen mit Russland würde sich diese Entwicklung wieder umkehren. 2017 seien

... und die größten Exporteure im Großwaffenbereich. Der mit Abstand größte der Weltwaffenlieferanten bleiben die Vereinigten Staaten, mit einem Anteil von 34 Prozent. Von 2013 bis 2017 steigerten sie ihren Rüstungsexporttransfer um ein Viertel. US-Großwaffensysteme wurden an 98 Staaten verkauft. Nahezu jede zweite Waffe ging, von Washington genehmigt, in den Nahen Osten.

Von Rüstungsexportgegnern wird die Schuld an dieser Entwicklung nur allzu gerne einzig dem derzeit amtierenden US-Präsidenten Donald Trump zugewiesen. Tatsächlich aber kommt Barack Obama, dem 2009 für friedenspolitische Ankündigungen der Friedensnobelpreis zugesprochen worden war, die zweifelhafte Ehre zu, diese Entwicklung maßgeblich in Gang gesetzt zu haben

So bilanzierten US-amerikanische Medien, dass die Administration unter Obama mehr Waffenexporten zugestimmt hatte als unter irgendeinem anderen US-Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg. Bereits unter Obama war das salafistische Herrscherhaus in Riad zum Waffenempfänger Nummer 1 avanciert. Allein an Saudi-Arabien gingen 2008 bis 2015 Waffenlieferungen im Wert von 94 Milliarden US-Dollar.

Keine Frage, Donald Trump wird diese Katastrophenbilanz noch toppen. Bei seinem Besuch in Saudi-Arabien im Mai 2017 wurde vereinbart, dass Riad in einem ersten Schritt

Rüstungsgüter im Wert von nahezu 110 Milliarden Dollar kaufen wird. Summa summarum soll der Waffenexportdeal über einen Zeitraum von zehn Jahren 350 Milliarden Dollar umfassen. Damit ist der größte einzelne Rüstungsdeal in der Geschichte der USA unter Dach und Fach. Der 45. US-Präsident jubilierte über „Jobs, Jobs, Jobs“ in seinem Heimatland.

Ganz anders die Entwicklung im zweitgrößten Rüstungsexportland. Laut Sipri verkaufte Russland in den letzten fünf Jahren 7,1 Prozent weniger an Waffen als im Vergleichszeitraum zuvor. Positiv schien auch die Entwicklung in Deutschland zu sein. Der weltweit viertgrößte Rüstungsexporteur habe seine Großwaffenverkäufe im besagten Fünfjahresvergleich um 14 Prozent zurückgefahren, so Sipri.

Zwei Aspekte trüben allerdings die vermeintlich so erfreuliche Bilanz der Großen Koalition seit 2013. Zum einen verkaufte Deutschland – und das trotz vehementer friedenspolitischer Proteste, wie die von der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und mit ihr der DFG-VK – doppelt so viele Waffen in den Nahen Osten wie im Vergleichszeitraum. »



Im Auftrag von Jürgen Grässlin designte und zeichnete der in Freiburg/Br. lebende Künstler Haubi Haubner das Logo für GLOBAL NET - STOP THE ARMS TRADE. Außerdem entwarf und zeichnete er Grafiken für die einzelnen Themenbereiche der GN-STAT-Website. Für die Illustrationen entwickelte er eine stilistisch geschlossene, erzählerische Bildsprache mit eigens entworfenen Piktogrammen. Einige seiner Grafiken illustrieren diese Titelgeschichte. (Info: www.haubihaubner.art)

» Zum anderen verlagern deutsche Rüstungsfirmen ihre Produktion und damit ihre Exportwerke zunehmend ins Ausland – und zwar in Staaten, in denen die Rüstungsexportgesetze noch laxer sind und die friedenspolitische Diskussion weniger vehement ausgefochten wird. Ein besonders düsteres Bild zeichnet der Berliner Friedensforscher Otfried Nassauer vom größten rein deutschen Waffenproduzenten: der Rheinmetall AG aus Düsseldorf.



Munition für die Kriege der Welt.

Laut Nassauer, der das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (Bits) leitet, hat Rheinmetall die perfekte Strategie entwickelt, Kriegsfürsten im Nahen und Mittleren Osten massenhaft mit Munition zu versorgen. Die eine Spur führt über RWM Italia, die andere über die Gemeinschaftsfirma Rheinmetall Denel in Südafrika.

„Amnesty International und Human Rights Watch haben den Einsatz von MK82 und MK83-Bomben sowie Lenk Waffen des Typs Paveway IV von RWM-Italia im Jemenkrieg gegen militärische und zivile Ziele nachgewiesen“, erläutert Otfried Nassauer. „Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen kam Anfang 2017 zu dem gleichen Ergebnis und schlussfolgerte, dass etliche Einsätze dieser Waffen substanzielle Zweifel an deren Zulässigkeit nach den Regeln des Kriegsvölker- und des internationalen humanitären Rechts aufwerfen.“

So hat sich Denel „darauf spezialisiert, ganze Munitionsfabriken und Munitionsabfüllanlagen in teils höchst umstrittene Empfängerländer zu exportieren. Die Firma behauptet, in etwas mehr als drei Jahrzehnten 39 solcher Anlagen gebaut zu haben. Jedes Jahr kommen angeblich zwei bis drei

weitere hinzu“, so Nassauer. (Siehe dazu Seite 12 in diesem Heft.)

Kleinwaffenproduktion und -ein-satz in den USA. Bei den sogenannten Kleinwaffen – der verharmlosend klingende Begriff umfasst Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehre, Handgranaten, Landminen und kleine Mörser – liegen die USA, Italien und Deutschland an der Spitze des weltweiten Rankings. Dabei wissen deren Regierungen um die Tatsache, dass in gewaltsamen Konflikten mehr als neun von zehn Menschen durch den Einsatz der besonders effizienten Kleinwaffen ihr Leben verlieren.

Die im Großwaffenbereich aufgezeigte globale Strategie, wird – wenn auch in anderer Ausprägung – auch bei Kleinwaffenproduzenten angewandt. Hier stehen weniger gigantische Aufkäufe und Joint Ventures im Vordergrund, sondern vielmehr Auslandsverlagerungen und Werksexpansionen primär in den Ländern des – global gesehen – reichen Nordens.

So verlagern bzw. erweitern zahlreiche Firmen ihre Produktionskapazitäten direkt in die Vereinigten Staaten, dem weltweit größten Absatzmarkt. In der Folge sollen der US-Markt und von dort aus Staaten des Südens mit Pistolen und Gewehren beliefert werden können. Typische Beispiele sind hierzulande Sig Sauer in Eckernförde und Heckler & Koch. Der Oberndorfer Kleinwaffenproduzent sieht sich mit einem – gemäß eigener Angaben – unter zweiprozentigen Marktanteil in den USA unterrepräsentiert.

Um dieses vermeintliche Defizit zu beheben, errichtet der führende deutsche Kleinwaffenhersteller zurzeit die erste eigene Waffenproduktion im Ausland. Bereits Ende 2018 sollen erstmals H&K-Pistolen das neue Waffenwerk in der Stadt Columbus im US-Bundesstaat Georgia verlassen. Das erste Highlight aus Firmensicht soll die Produktpräsentation bei einer Ausstellung bei der *Shot-Show* („*Shooting, Hunting, Outdoor, Trade*“) in Las Vegas im Januar 2019 sein.

Ganz so, als hätte es den Amoklauf in Las Vegas nicht gegeben. Dort hatte im letzten Oktober ein Attentäter 58 Menschen durch Schüsse aus mehreren Kleinwaffen getötet und 851 weitere Personen verletzt, die größte Zahl an Opfern eines Einzeltäters in der US-Historie. Derlei Amokläufe und auch die Schoolshootings finden medial eine breite Beachtung und können – wie im Fall des Schulmassakers an der Marjory Stoneman Douglas Highschool in Parkland, Florida, mit 17 Getöteten – eine immense Gegenbewegung auslösen. So verließen bei der „National School Walkout Rally“ im März landesweit mehr als eine Million Schüler*innen an etwa 3000 Schulen ihre Klassenzimmer. Organisiert wurde die Aktion von der Jugendorganisation „Empower“ der „Women’s March on Washington“-Bewegung.

Dagegen sterben die Opfer von Rüstungsexporten vielfach jenseits jeglicher medialer Aufmerksamkeit. Laut Untersuchungen der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (Akuf) tobten „2014 insgesamt 31 Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen“. Akuf ermittelte, dass die Region Vorderer und Mittlerer Orient mit 12 Kriegen und bewaffneten Konflikten am stärksten betroffen waren, gefolgt von Afrika, 9, und Asien, 8. Die allermeisten dieser Kriege stellen einen dankbaren Absatzmarkt für die Waffenexporteure des Nordens dar.

Die H&K-Geschäftsführung, die sich mit der Ampelstrategie eine neue Ausrichtung verordnet hat, sieht die moralische Wende in der Rüstungsexportpolitik eingeläutet. Nach Abwicklung von Altaufträgen werde man nur noch „grüne“ Länder beliefern, die der EU oder der Nato angehören oder Nato-assoziiert sind. „Gelbe“ und „rote“ Länder außerhalb besagter Bündnisse würden keinerlei Kriegswaffen mehr von H&K erhalten, also weder Saudi-Arabien, noch Algerien oder Ägypten. Selbst der Nato-Partner Türkei sei aufgrund seiner Menschenrechtslage von Waffentransfers ausgeschlossen (siehe *ZivilCourage* 4/2017, S. 19 f.). »

Fall 01 des Global Network - Stop the Arms Trade

Deutsche Waffenexporte für den Völkermord

Mauser-Gewehre und Krupp-Kanonen im Einsatz beim Genozid osmanischer Streitkräfte an Armeniern (1895-1915)

Von Wolfgang Landgraber (mit Beiträgen von Otfried Nassauer, Bernhard Trautvetter und Helmut Lohner)

Zusammenfassung. Bei fast allen Aktionen des 1915 einsetzenden Völkermordes an mehr als einer Million Armeniern waren reguläre türkische Truppen und Angehörige der sog. „Gendarma“ (Gendarmerie) beteiligt. Bei einzelnen Mordaktionen griffen deutsche Offiziere, die in türkisch-osmanischen Generalstäben Dienst taten, aktiv mit ein. In der Mehrzahl waren die Aggressoren mit Mauser-Gewehren oder -Karabinern, die Offiziere mit Mauser-Pistolen bewaffnet, allesamt produziert in den Mauser-Werken in Oberndorf am Neckar.

Krupp-Kanonen aus Essen waren zu Hunderten ebenfalls im Einsatz, etwa beim Sturm auf den von Armeniern besetzten Berg Musa Dagh („Mosesberg“).



Eine der wenigen existierenden Aufnahmen von Vertreibungen mit militärischer Gewalt stammt vom April 1915. Sie zeigt eine Kolonne armenischer Deportierter aus Harput, unterwegs in ein Gefangenenlager bei Mezireh, in Schach gehalten von türkischen Soldaten mit Mauser-Gewehren.

Deutsche Exportwaffen lieferten die materielle Grundlage für den Völkermord, deutsche Offiziere die ideologische.

Im Februar 1887 unterzeichneten das Kriegsministerium des Osmanischen Reiches und ein deutsches Firmenkonsortium, bestehend aus den Firmen Mauser und Ludwig Loewe & Co KG, einen Vertrag über die Lieferung von 500 000 Gewehren vom Modell M/87 und 50 000 Karabinern des gleichen Typs. Die Gewehre und Karabiner wurden bis Ende 1893 an die Türken ausgeliefert. Im selben Jahr

gab es einen neuen Auftrag: 200 000 Karabiner des Typs M/93, dessen Magazin 10 Patronen fasste. Die Karabiner wurden bis Ende 1896 geliefert.



Mauser-Arbeiter bei der Gewehr-Montage (ca. 1893)

Im Jahr 1903 dann die dritte große Bestellung für weitere 200 000 Gewehre des modernsten Typs M/1903. Die Türkei verfügte Anfang des 20. Jahrhunderts über 900 000 Mauser-Gewehre und -Karabiner. Mehr als zwei Drittel aller Soldaten der osmanischen Armee und der Angehörigen der paramilitärischen Gendarmerie waren mit Mauser-Waffen ausgerüstet.

Auch Kanonen aus Deutschland waren bei den osmanischen Militärs äußerst begehrt. Der Firma Krupp in Essen gelang es zwischen 1861 und 1912, alle französischen, britischen und amerikanischen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Krupp nutzte seine guten Kontakte zu Kaiser Wilhelm II. und zum Hof des Sultans, um Aufträge zum Bau von Feldkanonen und Geschützen für insgesamt 226 Millionen Reichsmark zu erhalten.

Die Krupp-Kanonen kamen auf türkischer Seite sowohl in den Balkan-Kriegen, im türkisch-russischen Krieg und im

Ersten Weltkrieg zum Einsatz, aber zu Hunderten auch bei Attacken auf armenische Freischärler, die sich gegen die Mordaktionen der Osmanen zur Wehr setzten.

Opfer. Ca. 1,2 Millionen Menschen starben beim Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1895 bis 1916.

Täter auf deutscher Seite: Generalfeldmarschall Freiherr Colmar von der Goltz; Diplomat und Krupp-Aufsichtsratsvorsitzender Gustav Georg Friedrich Maria Krupp von Bohlen und Halbach; Isidor Loewe; Rüstungsmanager bei Ludwig Loewe & Co und den Mauser-Werken; Paul Mauser (seit 1912 von Mauser), Waffenkonstrukteur der Mauser-Werke

Täter auf türkischer Seite: Sultan Abdülhamid II.; Sultan Mehmed V.; Kriegsminister Enver Pascha; Innenminister und Chef der Gendarmerie Talaat Pascha

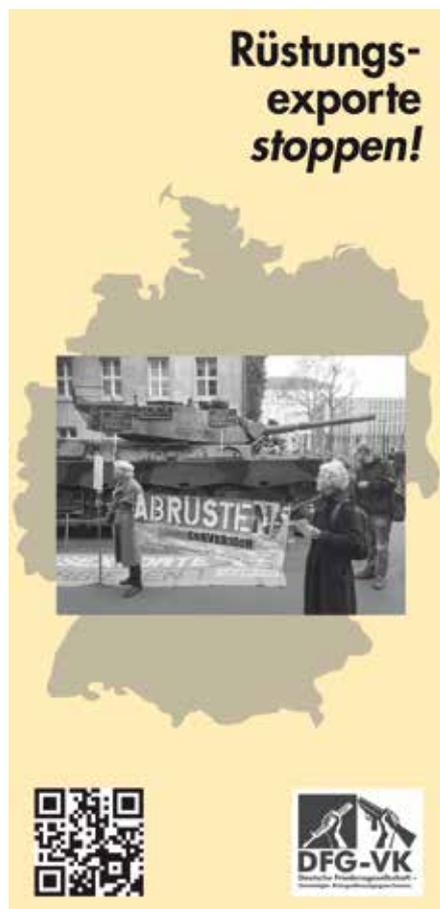
Die ausführliche Volltextversion dieses Falls findet sich im Internet unter: <https://www.gn-stat.org/deutsch/fälle/armenien-langfassung/>



Waffenbrüder: Kaiser Wilhelm II., Sultan Mehmed V. und Kaiser Franz Joseph I.

» Wohin aber weist der Weg in Wirklichkeit? Rüstungsexporte an bzw. Vor-Ort-Produktionen in „grünen“ Ländern wie den USA sorgen für ein noch größeres Angebot auf dem US-Waffenmarkt. Waffenbestellungen wie die der Beschaffungsbehörde „Direction Générale de l’Armement (DGA)“, des Verteidigungsministeriums in Paris, geben den französischen Soldaten modernste HK416F-Gewehre in die Hand. Immerhin sieht der Vertrag die Auslieferung von 102000 der Sturmgewehre vor. Dabei ist bekannt, wie rücksichtslos französische Sicherheitskräfte auf dem afrikanischen Kontinent agierten und agieren – sowohl bei Militäreinsätzen als auch mit Waffenexporten.

Massenmorden auf der Südhemisphäre mit Mordwerkzeugen aus Industriestaaten. Pars pro toto sei ein einziger Fall genannt (*Eine Vielzahl weiterer wird auf der neuen Website des Global Net – Stop the Arms Trade*



Flyer des DFG-VK-Landesverbands Bayern, kostenlos bestellbar über shop.dfg-vk.de

publiziert werden): Die gezielten Mörder von Hutu-Extremisten an bis zu 800000 Tutsi bzw. gemäßigten Hutu in Ruanda von April bis Juli 1994 wurden einzig ermöglicht durch Importe von mehr als einer Million Macheten aus China sowie durch Gazelle-Helikopter, Milan-Raketen, schwere Maschinengewehre und weitere Waffen aus Frankreich.

Ungeachtet des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Ruanda hatte die französische Bank BNP Paribas im Juni 1994 eine Zahlungsanweisung der Nationalbank von Ruanda akzeptiert.

In der Folge „könnten Beträge überwiesen worden sein, mit denen Kriegsverbrecher Waffen für den Völkermord in Ruanda gekauft haben“. Beweise dieser Vorgänge überzeugten die französischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) Sherpa, Collective of Civil Parties (Collectif des parties civiles pour le Rwanda/CPCR) und Ibuka France davon, dass die Pariser Bank BNP um die Folgen ihrer Genehmigung der Geldtransfers gewusst haben müsse. Die NGOs reichten Klage gegen die französische Bank ein. Der Vorwurf lautet: „wegen Beteiligung an Völkermord, an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Um derartige Waffentransfers an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten bzw. Kombattanten aufzudecken, müssen Informationen weltweit zugänglich gemacht werden. Während die Waffenindustrie global agiert, sind Rüstungsexportkritiker*innen – von Journalist*innen, Filmemacher*innen, Kriegsreporter*innen bis hin zu Ärzt*innen, Friedens-, Entwicklungs- und Menschenrechtsaktivist*innen – rund um den Globus bislang unzureichend, zuweilen gar nicht vernetzt. Wer den weltweit agierenden Waffenhändlern, ihren Politikern und Lobbyisten das Handwerk legen will, muss sich vernetzen – national, international, global.

Die Aufschrei-Kampagne international vernetzen. Immer wieder die

eine Klage: Zu wenige Journalist*innen berichten in Printmedien über das Thema Waffenhandel, zu wenige kritische Filme werden gedreht, zu wenige fundierte Radiofeatures gesendet, zu wenig Recherchen im Internet publiziert. Die Zahl der Journalist*innen, Filmemacher*innen, Radioredakteur*innen und Internetaktivist*innen, die sich dauerhaft und intensiv mit Rüstungsexporten, den Fällen, den Tätern und den Opfern zuwenden, ist national wie international vergleichsweise überschaubar.

Einerseits überrascht diese Tatsache, denn an brisanten Rüstungsexportfällen bestand historisch und besteht heute leider kein Mangel. Andererseits ist dieses Manko erklärbar: Gerade in den Redaktionen der Printmedien werden im Zeitalter der Rationalisierung von McKinsey & Co. Arbeitsplätze gnadenlos zusammengestrichen, Stellen massiv abgebaut.

Zudem ist es für Journalist*innen eingeständenermaßen schwer, sich dem Thema des Waffenhandels investigativ anzunähern. Recherchen bedürfen viel Zeit und der Mithilfe zahlreicher Teamplayer. Denn die Unternehmen, ihre Politiker und Lobbyverbände arbeiten im Dunkeln, objektiv verifizierbare Daten sind kaum erhältlich. Kriegsreporter*innen riskieren ihr Leben, wollen sie Bildmaterial direkt von der Front liefern. Was der Weltöffentlichkeit dagegen gezeigt wird, ist gezielt ausgewähltes Material, das den jeweiligen Konfliktparteien genehm erscheint. Kriegslügen sind vorprogrammiert, Rüstungsexportlügen an der Tagesordnung. Schlimmer, folgenschwerer, todbringender kann Manipulation nicht sein.

Und wir? Wie halten wir Kritiker*innen des Rüstungsexports dagegen? Erst einmal mit dem nicht zu unterschätzenden Ansatz der nationalen Vernetzung in zahlreichen europäischen Ländern. Die bundesdeutsche Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ – von der DFG-VK und dem *RüstungsInformationsBüro* maßgeblich mitbegründet – darf mit ihren weit mehr als 100 Mitgliedsor-

organisationen als mustergültiges Erfolgskonzept angesehen werden. Im Jahr 2011 ins Leben gerufen, wurden schon jetzt zahlreiche Ziele erreicht.

So wurde – gemeinsam mit Aktivist*innen von „Legt den Leo an die Kette!“ – der Export von Leopard-2-Kampfpanzern an Saudi-Arabien mit einer breit angelegten Kampagne verhindert. Der Export von Kleinwaffen und Munition wurde zentral thematisiert, die Bundesregierung hat in eben diesem Bereich Defizite erkannt und die Restriktionen nachdrücklich verschärft. In einer repräsentativen Emnid-Umfrage wurde gefragt: „Einmal grundsätzlich betrachtet, sollte Deutschland ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?“ Beachtliche 83 Prozent der Befragten verneinten weitere Waffenexporte. Das Umfrageergebnis ist auch ein Erfolg der Aufschrei-Kampagne, die in nie gekannter Breite von Friedens- und Entwicklungsbebewegung, evangelischen und katholischen Organisationen sowie humanitären Hilfswerken wie Brot für die Welt und Misereor Aufklärung betrieben und Druck auf die Bundesregierung organisiert hat.

Dessen ungeachtet – und das muss auch Teil unserer Zwischenbilanz sein – steigerte die von CDU/CSU und SPD geführte Regierungskoalition die Rüstungsexportgenehmigungen bei Einzel- und Sammelausfuhren auf neue Höchstwerte: im Jahr 2015 auf den Rekordwert von 12,81 Milliarden Euro.

Erfolgreiche Strafanzeigen gegen Sig Sauer und H&K. Als besonders erfolgreiches Instrument erweisen sich zusehends Strafanzeigen. Solche habe ich mit Christine Hoffmann von *pax christi* und mit Paul Russmann von *Ohne Rüstung Leben*, meinen langjährigen Kolleg*innen im Sprecherkreis der Aufschrei-Kampagne, über den versierten Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer gegen Sig Sauer und mit Rothbauer selbst gegen Heckler & Koch gestellt.

Was sich hinter den Kulissen seit einiger Zeit angedeutet hat, ist seit April offiziell: Unsere Strafanzeige von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ gegen den Kleinwaffenhersteller und -exporteur Sig Sauer in Eckernförde ist von Erfolg gekrönt. Was in vielerlei Hinsicht mehr als erfreulich ist. Weil es uns damit zum zweiten Mal – nach dem von uns aufgedeckten illegalen G36-Gewehrdeal von Heckler & Koch mit Mexiko und dem nun beginnenden Strafprozess vor dem Stuttgarter Landgericht – gelingt, Licht ins Dunkel der Menschaften der Manager der Kleinwaffenindustrie zu bringen. (siehe Kasten rechts)

Acht Jahre nach Erstattung der ersten Strafanzeige ist es endlich soweit, der Fall 02 (recherchiert von Maria-Eugenia L. Valencia und mir) „Das G36 in Mexiko“ kommt zur Umsetzung!

Der illegale G36-Gewehrhandel von H&K mit Mexiko. Bereits im 19. Jahrhundert war Mexiko das Zielland für Waffenexporte aus Europa, allen voran aus Deutschland. Pistolen und Gewehre der Firma Mauser waren beliebt zur gewaltsamen Konfliktauflösung und reichlich vorhanden. Dieser Tradition folgend hat auch Heckler & Koch – gegründet 1949 von den Mauser-Ingenieuren Heckler, Koch und Seidel – seit den 1960er Jahren das Sturmgewehr G3 an das größte mittelamerikanische Land exportiert.

In den Jahren 2006 bis 2009 wurden offiziell mehr als 8000 G36-Sturmgewehre mit Zubehör an das Verteidigungsministerium Mexikos verkauft – die Zahl der gelieferten Waffen ist realiter weitaus höher. Offiziell erfolgten die Kriegswaffenexporte zur Bewaffnung der Polizei im Kampf gegen die Drogenmafia.

Doch bald tauchten diese Waffen – gegen deutsche Gesetze – in den Händen korrupter Polizisten in Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero auf. Diese vier mexikanischen Bundesstaaten zählten schon damals zu den Hauptschauplätzen des Drogenkrieges. 2014 konnte der Einsatz illegal »

Auch Sig-Sauer-Manager vor Gericht

Im Juli 2014 hatten Paul Russmann (ORL) und Jürgen Grässlin (DFG-VK und RIB) als Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Strafanzeige wegen des Verdachts illegaler Exporte von Pistolen des Typs SP 2022 ins Bürgerkriegsland Kolumbien gegen den Eckernförder Kleinwaffenhersteller Sig Sauer gestellt. Die Strafanzeige richtete sich gegen die Sig-Sauer-Geschäftsführer Michael Lüke und Till Hake.

Die Strafanzeige wirkte erfreulich schnell, Sig Sauer wurden weitere Rüstungsexporte untersagt. Im Februar 2015 legte die Sig-Sauer-Geschäftsführung für 73 Beschäftigte Kündigungsbegehren vor. Mit den verbliebenen 50 Mitarbeitern wollte Sig Sauer nur noch Sportwaffen in Eckernförde fertigen. Die Produktion von Polizei- und Militärwaffen wurde in Deutschland weitgehend eingestellt, Produktionskapazitäten allerdings teilweise in die USA verlagert.

Mitte April kam nun der Durchbruch: Laut Medienberichten erhebt die Staatsanwaltschaft Kiel Anklage gegen fünf Mitarbeiter von Sig Sauer wegen des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ begrüßt dieses Vorgehen der Kieler Ermittler nachdrücklich. Denn wer den Export von SP 2022-Pistolen über die USA nach Kolumbien mitverantwortet, trägt auch Mitschuld am tödlichen Einsatz dieser Waffen im damaligen Bürgerkriegsland Kolumbien.

Nach der Strafanzeige gegen den Oberndorfer Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch wegen illegaler G36-Gewehrexporte nach Mexiko und dem Strafprozess (ab Mitte Mai vor dem Landgericht Stuttgart) ist dies bereits die zweite erfolgreiche Strafanzeige aus der Friedensbewegung gegen illegal agierende Waffenhändler.

Jürgen Grässlin »

» nach Guerrero exportierter G36-Gewehre bei der Entführung und offensichtlichen Ermordung von 43 Lehramtsstudenten einer Hochschule in Ayotzinapa belegt werden.

Auf Seiten von H&K waren nachweislich mehrere Mitarbeiter, unter ihnen zwei Geschäftsführer, in dieses illegale Waffengeschäft involviert. 2010 erstattete ich Strafanzeige gegen führende H&K-Beschäftigte, mein Rechtsanwalt Holger Rothbauer 2012 ergänzend gegen Vertreter des Bundesausfuhramtes und des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Beweislage war und ist erdrückend. Dennoch stellte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die Vertreter der Rüstungsexport-Kontrollbehörden ein.



Erfolgreich ist die Strafanzeige allerdings gegen H&K: Im Mai 2016 erfolgte der Eröffnungsbeschluss des Landgerichts Stuttgart gegen sechs Beschuldigte. Angeklagt ist u.a. der vormalige Landgerichtspräsident und H&K-Geschäftsführer Peter Beyerle wegen vorsätzlichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und gegen das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) in zwölf Fällen.

Wie kann der Widerstand gegen Waffenhandel erfolgreicher werden: Auch international gibt es – von Europa ausgehend – erfolgversprechende Ansätze. Die DFG-VK ist Mitgliedsorganisation der War Resisters' International. Die WRI ist ein weltweit agierendes Netzwerk von Pazifist*innen, Antimilitarist*innen und Kriegsdienstverweigerern mit Sitz in London. Rund 90 Organisationen in mehr als 40 Ländern arbeiten bei der WRI mit. Thematisch breit aufgestellt, setzen sich die Mitglieder mit den Mitteln der Gewaltfreiheit gegen Krieg ein und bringen weltweit Menschen zusammen, die sich der Beteiligung oder an der Vor-

bereitung von Kriegen verweigern. Für Mitstreiter*innen gegen Waffenhandel sind vor allem die „War Profiteer Companies“, die kriegsprofitierenden Unternehmen, von Bedeutung (<https://www.wri-irg.org/en/programmes/war-profiteer-companies>)

Das European Network Against Arms Trade (ENAAT) arbeitet in den Ländern Europas vernetzt, deren Aktivist*innen Teil des Aktionsbündnisses sind. Mit Laetitia Sedou hat ENAAT eine engagierte Mitarbeiterin, die von Brüssel aus gezielt Schwerpunktthemen gegen Lobbyismus und Finanzierung von Rüstungsgeschäften auf EU-Ebene setzt (<http://enaat.org/de/>). Beim letzten Kampagnentreffen wurden Stephan Möhrle, Magdalena Friedl und Jürgen Grässlin von der DFG-VK zu den „Aufschrei“-Repräsentant*innen bestimmt.

Die drei Nichtregierungsorganisationen Amnesty International, IANSA und Oxfam gründeten die Kampagne „Control Arms“, die sich weltweit für einen streng kontrollierten Umgang mit Waffen stark macht, insbesondere im Bereich der Kleinwaffen (<https://controlarms.org/>). Der multilaterale Vertrag *Arms Trade Treaty* (ATT) soll den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regeln (<https://www.un.org/disarmament/att/>).

Das Grundproblem dieser sicherlich gut gemeinten Ansätze ist: Sie fordern lediglich Kontrolle statt Abschaffung von Kriegswaffen, lassen den rüstungsexportierenden Unternehmen viel zu viel Spielraum für neuerliche Waffendeals und greifen somit nicht weit genug.

Die Erfolge blieben dementsprechend begrenzt. Denn – wie bereits analysiert – der weltweite Waffenhandel wächst, in den vergangenen fünf Jahren um zehn Prozent. Rüstungsfirmen des Nordens verlegen Produktionskapazitäten in die Länder geringster Exportrestriktionen.

Wo also sind sie, die erfolgreichen Netzwerke gegen Waffenhandel in Afrika, Asien, Nord-, Mittel- und Südamerika? Es gibt sie nicht. Unsere Schlussfolgerung: Wollen wir erfolg-

reich sein, müssen wir unseren Ansatz neu definieren.

Das GN-STAT will die entscheidende Lücke schließen. Wer das Defizit fehlender weltweiter Vernetzung aller Gegner*innen des Rüstungsexports durch einen umfassenden Ansatz beheben will, darf nicht länger in nationalen oder rein kontinentalen Kategorien denken. Wir müssen und wollen den weltweit agierenden Rüstungsexporteur*innen in Industrie, Politik, Lobbyverbänden, Banken und beim Militär mit der Gründung des *Global Net – Stop the Arms Trade* entgegentreten. Einem Netzwerk, das es so noch nicht gab – und dessen zentrale Website www.gn-stat.org ab jetzt freigeschaltet ist.

Dabei versteht sich das GN-STAT keinesfalls als ein Verbund von Menschen, der bestehende Aktivitäten gegen Rüstungsexporte blocken will – im Gegenteil: Wir wollen dazu den weltweiten Widerstand unterstützen, fördern und vernetzen. Hierzu werden wir mit all den Menschen kooperieren, die sich aktiv gegen Rüstungsexporte eintreten – mit der sozialen Bewegung und weit darüber hinaus: Denn wir vernetzen Journalist*innen, Autor*innen, Kriegsphotograf*innen, Filmemacher*innen, Whistleblower, Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen, Künstler*innen und eben Friedens- und Menschenrechtsorganisationen mit ihren Aktivist*innen in aller Welt.

Auf der Website des GN-STAT informieren wir über todbringende Fälle von Waffenexporten weltweit, beginnend in der Neuzeit (siehe „Cases“/„Fälle“). Wir geben den Tätern in Politik, in der Rüstungsindustrie, beim Militär, in Lobbyverbänden und bei Banken Name und Gesicht (siehe „Individual Offenders“/„Einzeltäter“). Wir kooperieren mit Ärzt*innen, die die Opfer des Einsatzes von Kriegswaffen betreuen und geben Opfern damit eine Stimme (siehe „Victims“/„Opfer“). Damit wir unsere Ziele erreichen, erstatten wir gemeinsam mit Jurist*innen und NGOs Strafanzeigen oder unterstützen andere Organisationen im Fall

des dringenden Tatverdachts von illegalem Waffenhandel, unabhängig von deren Position, Organisation oder politischer bzw. offizieller Funktion. Und wir formulieren die besten Argumente gegen Waffenexporte.

Basissprache der Website ist Englisch, zudem erscheinen unsere Recherchen anfangs auf Deutsch, Portugiesisch, Russisch und Spanisch. Angestrebt ist die Veröffentlichung in allen Weltsprachen, also auch auf Arabisch, Chinesisch, Französisch, Italienisch und Persisch.

In Fall 01 über den Genozid osmanischer Streitkräfte gegen mehr als eine Million Armenier*innen mit deutschen Waffen (siehe Seite 7 in diesem Heft) publizieren wir zumindest die vierzehnsseitige Kurzfassung auch auf Armenisch, Kurdisch und Türkisch.

Erfolgreicher Start des GN-STAT

in Barcelona und einer internationalen Pressekonferenz in Berlin. Bereits in der Startphase ist der Rückenwind enorm. Im Herbst 2017 votierte das International Peace Bureau (IPB) mit seinen mehr als 300 Mitgliedsorganisationen in aller Welt einstimmig für die Kooperation mit dem GN-STAT. Künftig wollen wir zudem zusammenarbeiten mit Vertreter*innen der Vereinten Nationen, gleichermaßen mit international agierenden Organisationen wie beispielsweise IPB, IPPNW, WRI, WILPF, Corruption Watch u.v.a.m. Die DFG-VK unterstützt das Projekt auch mit einem finanziellen Beitrag.

Den Auftakt zur Präsentation der Website machte eine internationale Pressekonferenz. Am 5. April versammelten sich 20 Journalist*innen aus Deutschland, England, Spanien und Russland sowie Vertreter des deutsch-armenischen Vereins und der armenischen Botschaft in Berlin zur Pressekonferenz und der Vorstellung des ersten Falles unseres weltweiten Netzwerkes gegen Waffenhandel.

Meiner Vorstellung des globalen Netzwerkes folgte die Präsentation des Münchner Journalisten und Filmemachers Wolfgang Landgraber. Er hatte in den vergangenen Monaten den GN-



Protest vor Heckler & Koch in Oberndorf/Neckar

STAT-Fall 01 „Deutsche Waffenexporte für den Völkermord: Mauser-Gewehre und Krupp-Kanonen im Einsatz beim Genozid osmanischer Streitkräfte an Armeniern (1895-1915)“ recherchiert. Im Mittelpunkt steht die deutsche Beteiligung am Genozid an den Armeniern durch Waffenlieferungen an das Osmanische Reich.

Dr. Helmut Lohrer von der IPPNW leistete im Folgenden den Transfer in die Jetztzeit und zeigte, wie auch heute noch dieselben Unternehmen (oder deren Nachfolger) hemmungslos in aktive Konflikte eingreifen – wie beispielsweise im völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei in Nordsyrien und im völkerrechtswidrigen Krieg Saudi-Arabiens im Jemen durch Rüstungsexporte.

Die anschließende Medienresonanz war entsprechend umfassend. Allein die Zusammenfassung der ersten Reaktionen füllt 37 Seiten der Dokumentation zur Medienberichterstattung.

Das macht Mut für die weitere Arbeit.

Jürgen Grässlin ist Mitglied des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises, Vorsitzender des „RüstungsInformationsBüros“ und einer der Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Mitmachen beim GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE!

Das Netzwerk bittet:

- Sende uns Berichte, Dokumente und Fotografien zu einem internationalen Rüstungsexportdeal, zu dem du recherchiert hast.
- Übersetze unsere Texte in deine Heimatsprache.
- Arbeite im Redaktionsteam mit, das die eingehenden Texte und Dokumente auf ihre Richtigkeit überprüft und ggf. redaktionell überarbeitet.
- Stelle Fotografien zur Verfügung über Rüstungsexporte bzw. Kriege oder Konflikte.
- Spende, damit wir den Auf- und Ausbau des GN-STAT finanzieren können.

Bei der Weitergabe von Informationen wird auf Wunsch absolute Vertraulichkeit garantiert.

Kontakt und weitere Informationen:

contact@gn-stat.org
www.gn-stat.org
RüstungsInformationsBüro
mit der DFG-VK Freiburg
Postfach 5261
79019 Freiburg



GLOBAL NET

STOP THE ARMS TRADE

Munitionswerke für die Welt

Wie mit Rheinmetall-Munition in Krisen- und Kriegsgebieten gemordet wird

Von Otfried Nassauer

Seit 2004 ist die Rheinmetall AG Eigentümerin des Oberndorfer Waffenherstellers Mauser. Rheinmetall hat – wie Mauser – eine sehr lange Geschichte als Rüstungskonzern. Das Kerngeschäft der Aktiengesellschaft besteht seit fast 130 Jahren darin, mit Waffen und Munition weltweit Geld zu verdienen. Auch in der Türkei. 1899 gelang es ihrem Gründungsvater Heinrich Ehrhardt, den ersten türkischen Munitionsauftrag für seine Firma an Land zu ziehen.

Der heutige Geschäftsbereich „Waffe und Munition“ von Rheinmetall Defence (RWM), der Militärsparte des Düsseldorfer Großkonzerns, umfasst die Produktion und den Export von Maschinengewehren, Schnellfeuerkanonen, Munition, Treibladungen und Schutzsystemen. Die Bilanzzahlen lassen erkennen, dass dieser in den vergangenen Jahren maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg im Rüstungsgeschäft beitrug.

Die Rheinmetall AG hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine Vielzahl vor allem europäischer Firmen aufgekauft, die im Bereich der Munitionsherstellung aktiv sind. Darüber hinaus beteiligte sie sich weltweit an etlichen Gemeinschaftsfirmen, die in diesem Sektor tätig sind. Das internationale Engagement erweiterte einerseits das Produktportfolio des Konzerns um neue Munitionsangebote und führte andererseits dazu, dass der Konzern im Exportgeschäft seinen Kunden Munitionstypen anbieten konnte, auf denen keine deutschen Technologierechte lagen. Damit entstanden erweiterte Möglichkeiten, Kunden ohne deutsche Rüstungsexportgenehmigungen zu beliefern.

Eine Präsentation des ehemaligen Rheinmetall-Managers Andreas Schwer vor Finanzanalysten mach-

te deutlich, dass die Rheinmetall AG mittlerweile weltweit zu den drei größten Herstellern groß- und mittelkalibriger Munition gehört.

Rheinmetall-Unternehmen im Ausland, vor allem RWM Italia und die Gemeinschaftsfirma Rheinmetall Denel Munition in Südafrika, haben den umsatzmäßig größten Teil dieser Exportaufträge erhalten – und das oft für Lieferungen in Länder, für die es in Deutschland aufgrund der Menschenrechtslage und/oder der Beteiligung an aktuellen Kriegen möglicherweise keine Exportgenehmigung für Munitionsexporte gegeben hätte.

Das ist kein Zufall. Seit mehr als zehn Jahren verfolgt die Rheinmetall AG eine Strategie der Internationalisierung. Die bereits erwähnten Firmen RWM Italia und Rheinmetall Denel in Südafrika stehen für dieses Geschäftsmodell. Das folgende Schaubild illustriert die Sicht von Rheinmetall Ende des Jahres 2016.

RWM Italia. 2010 erwarb die Rheinmetall AG den kriselnden italienischen Munitionshersteller S.E.I. (Socieda Esplosivi Industriali) mit Werken im norditalienischen Ghedi und in Domusnovas auf Sardinien. Die Firma wurde in die RWM Italia S.p.A. umgewandelt. RWM Italia stellt konventionelle und insensitive Sprengstoffe her, produziert Marinemunition und – als wichtigstes Exportgut – in US-amerikanischer Lizenz Bomben der MK80-Serie. Diese werden auch in vielen Lenk Waffen, z.B. der Paveway-Serie und in bunkerzerstörenden Waffen der BLU-109-Serie verwendet, finden also sehr breit Anwendung.

Wichtigste Kunden von RWM-Italia waren in den letzten Jahren Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Saudi Arabien und die VAE führen im Jemen Krieg

und haben deshalb einen großen Bedarf an Bomben, Lenk Waffen und deren Komponenten, den RWM Italia decken kann. Sie sorgten mit ihrer Nachfrage nach Bomben der MK80-Baureihe für eine ganz erhebliche Steigerung des Umsatzes.

Saudi-Arabien wird nicht nur direkt, sondern auch indirekt über Großbritannien beliefert. Dort hat Saudi-Arabien bei Raytheon Systems UK erhebliche Mengen an Lenk Waffen des Typs Paveway IV bestellt, deren Bombenkörper vom Typ MK82 ebenfalls von RWM Italia produziert werden. Zeitweise, so britische Berichte, lieferte Raytheon UK aufgrund der Dringlichkeit des saudischen Bedarfs sogar Paveway IV nach Saudi-Arabien, die eigentlich für die britische Luftwaffe produziert worden waren.

Amnesty International und Human Rights Watch haben den Einsatz von MK82- und MK83-Bomben sowie Lenk Waffen des Typs Paveway IV von RWM-Italia im Jemenkrieg gegen militärische und zivile Ziele nachgewiesen. Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen kam Anfang 2017 zu dem gleichen Ergebnis und schlussfolgerte, dass etliche Einsätze dieser Waffen substanzielle Zweifel an deren Zulässigkeit nach den Regeln des Kriegsvölker- und des internationalen humanitären Rechts aufwerfen. Dessen ungeachtet hat Rheinmetall inzwischen damit begonnen, seine Produktionskapazitäten bei RWM Italia in Sardinien zu modernisieren und zu erweitern.

Joint Venture in Südafrika. 2008 erwarb Rheinmetall nach dreijährigen Vorgesprächen einen Anteil von 51 Prozent an der Munitionssparte des staatlichen südafrikanischen Rüstungskonzerns Denel und überführte diesen Bereich in die neue Gemein-

schaftsfirma Rheinmetall Denel Munitions (Pty) Ltd. Wenige Jahre später erwarb RWM zusammen mit RDM einen Hersteller für Zünder in Südafrika, die Laingsdale Engineering Ltd.

RDM kann ein sehr breites Spektrum an Standardmunitionen für Land-, See- und Luftstreitkräfte anbieten, darunter Granaten, Mörser- und Artilleriemunition, Geschosse für Schiffskanonen und Bomben der MK80-Serie.

Schon bei der Gründung von RDM bestand bei Rheinmetall die Absicht, dass der Konzern sich mit diesem Joint Venture für Deutschland exportrechtlich problematische Märkte von Südafrika aus erschließen wollte: Das südafrikanische Gemeinschaftsunternehmen sollte sich um Märkte im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika, Südostasien und Lateinamerika kümmern, der Mutterkonzern um die Akquisition von Aufträgen sowie um Exporte in rüstungsexportrechtlich unproblematische Länder.

Dieser Ansatz erwies sich als äußerst erfolgreich. Der deutsche RDM-

Geschäftsführer, Norbert Schulz, nannte das Engagement in Südafrika „die beste Geschäftsentscheidung, die Rheinmetall in den letzten 20 Jahren getroffen hat“.

Munitionsfabriken für die Welt.

Rheinmetall Denel hat sich zudem darauf spezialisiert, ganze Munitionsfabriken und Munitionsabfüllanlagen in teils höchst umstrittene Empfängerländer zu exportieren. Die Firma behauptet, in etwas mehr als drei Jahrzehnten 39 solcher Anlagen gebaut zu haben. Jedes Jahr kommen angeblich zwei bis drei weitere hinzu.

Die oft autokratisch regierten Kundenländer werden somit unabhängiger von der Rüstungsexportgenehmigungspolitik der Lieferländer. Ihre Politik nach innen (Menschenrechte) und nach außen (Konflikte und Kriege) kann deutlich weniger durch Druck aus den Lieferländern beeinflusst werden. Zusätzlich können dort eigene Rüstungsexportgeschäfte eingeworben werden.

Money, Money, Money. RWM Italia und RDM profitierten in diesem Zeitraum vor allem von ihren Geschäften mit MENA-Ländern [„Middle East & North Africa“ – Anm. d. Red.], die in den Krieg im Jemen verwickelt sind. Saudi-Arabien und die VAE sind zudem dafür bekannt, für Rüstungslieferungen sehr gute Preise zu zahlen, vor allem dann, wenn die Interessen der Herrscherhäuser mit bedient werden. Es gilt wie so oft: Wenn die Geschäfte florieren, geht die Moral schnell flöten. Heute wie damals. In Deutschland und unter deutscher Verantwortung im Ausland.

Otfried Nassauer ist freier Journalist und Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (www.bits.de). Dieser Beitrag ist die stark gekürzte Version eines umfassenderen Artikels zur weltweiten Geschäftspolitik der Rheinmetall AG, der nachzulesen ist auf <https://www.gn-stat.org/deutsch/der-mik/rheinmetall-deutsch/>

„Einsatzwert und Kampfkraft erhöhen!“

Zum neuen Traditionserlass der Bundeswehr: Wieviel Wehrmacht soll es sein?

Von Frank Brendle

In der Bundeswehr schien sich im vergangenen Jahr ein Abschied von der Wehrmacht anzudeuten: Aufgescheucht durch den Skandal um den rechtsextremen Bundeswehroffizier Franco A. und das Auftauchen neuer Gewaltvideos aus der Truppe, veranlasste die Verteidigungsministerin eine Art Generalrevision in den Kasernen, um Wehrmachtsdevotionalien aufzustöbern und, sofern sie nicht explizit Gegenstand musealer Exposition sind, wegräumen zu lassen. Außerdem legte sich die Ministerin darauf fest, dass der Name der nach einem Wehrmachtsoffizier benannten Lent-Kaserne im niedersächsischen Rothenburg nicht mehr tragbar sei. Wie es die Bundeswehr mit militärischer Tradition halte, solle ein neuer Traditionserlass regeln.

Dieser neue Erlass ist seit März dieses Jahres in Kraft. In den Medien war die Einschätzung verbreitet, er sei gegenüber der Wehrmacht sehr viel distanzierter als der bisherige. Das darf wohl bezweifelt werden.

Offiziell begründet wurde der neue Erlass damit, dass der alte von 1982 stamme und angesichts von Wiedervereinigung und Auslandseinsätzen überholungsbedürftig sei.

Im neuen Erlass wird nun auf wenigen Seiten ein Parforceritt durch die neuere deutsche Militärgeschichte unternommen und gleich angedeutet, was man davon zu halten hat: Die Armeen des 19. Jahrhunderts als „stabilisierender Bestandteil einer dynastischen Ordnung“, die Reichswehr als Verein, der zwar auf die Verfassung

eingeschworen war, aber gleichwohl „einem antirepublikanischen Geist verhaftet“ blieb, die Wehrmacht, über die hier noch ausführlicher zu reden sein wird, die Nationale Volksarmee (NVA) als Säule der SED-Herrschaft und schließlich die Bundeswehr als, naja, Supertruppe, die „militärische Leistungsfähigkeit und soldatische Pflichten mit demokratischen Rechten vereint.“

Bereits an dieser Stelle ist dem lesenden Soldaten aufgegeben, sich angesichts der deutschen Militärgeschichte „mit ihren Höhen, aber auch ihren Abgründen“ bewusst darüber zu werden, dass in jeder Epoche etwas dabei sei, das auch dem Hauptgebot des Erlasses, „auf Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes“ »

» zu stehen, entspreche. Aus dem Kaiserreich etwa das „Führen von vorne“ oder die Einführung eines Generalstabes als „fortschrittliche und richtungsweisende Verfahren“. Obwohl das eigentlich eher technische als wertegebundene Innovationen waren.

Was die Traditionsbildung in der Truppe eigentlich soll, erklärt der Erlass gleich auf der ersten Seite: „Sie schafft und stärkt Identifikation, unterstützt eine verantwortungsvolle Aufgabenerfüllung und erhöht Einsatzwert und Kampfkraft.“

Zum Kampf anspornende Vorbilder? Da war man in den 1990ern, als die Bundeswehr auf den Auslandseinsatz umgepolt worden war, noch beinahe zwangsläufig bei der Wehrmacht gelandet. Nicht unbedingt wegen, aber immerhin doch trotz ihrer Verbrechen – es war einfach das jüngste Beispiel einer Armee, die „heroische“ Kriege (im Sinne Herfried Münklers) führte, deren Angehörige also in treuer Pflicht und (!) überzeugter Hingabe ihr Leben für eine vermeintlich höhere Sache zu opfern bereit gewesen seien. Kein Wunder, dass etwa der frühere KSK-Kommandeur Reinhard Günzel das Vorbild für seine Elitetruppe ausdrücklich bei den „Brandenburgern“ sah, einer ebenso elitären Einheit der Wehrmacht.

In die Welt zu ziehen, um neben ein paar Brunnen Frieden und Gerechtigkeit zu exportieren, aber gleichzeitig alten Wehrmachtssplunder im Tornister mitzuführen, das ergab freilich ein gewisses Glaubwürdigkeitsproblem und war zudem stets skandalträchtig.

Daher gibt es seit Jahren Bestrebungen, die Bundeswehr dahingehend zu modernisieren, die alten Wehrmachts-Zöpfe endlich abzuschneiden und die Einsatzorientierung mit eigener Tradition zu begründen.

An dieser Stelle unterscheidet sich der neue am deutlichsten vom alten Erlass: Wurde in diesem noch vermerkt, die Bundeswehr pflege „bereits“ eigene Traditionen, an die künftig angeknüpft werden solle, heißt es nun ganz klar: „Zentraler Bezugspunkt der Tradition der Bundeswehr sind ihre eigene, lange Geschichte und die Leistungen ihrer Soldatinnen und Soldaten“, dabei explizit auch ihre „Bewährung in Einsätzen und im Gefecht“ betonend.

Ursula von der Leyen hatte für die Unterzeichnung des Erlasses ein wohldurchdachtes Setting gewählt: Die Umbenennung der Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover in Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne.

Der alte Namensgeber war ein kaiserlicher Offizier, der neue ein Feldjäger der Bundeswehr, der 2011 in Afghanistan bei einem Anschlag ums Leben kam. In Soldatenforen wurde zwar sofort erkannt, dass das ein politisch motiviertes Manöver war. Der Feldjäger habe zwar seine Pflicht getan, aber keine „besonderen“ Verdienste erworben. Aber um die politische Botschaft ging es ja auch: Weg mit alten Zöpfen, Bundeswehr zuerst!

Und doch: Ganz aussterben soll das Gedenken an die Wehrmacht doch nicht. Ihrer verbrecherischen Rolle im

Zweiten Weltkrieg werden zwar ein paar Zeilen mehr gewidmet als noch 1982, aber ähnlich verschwurbelt: Die Wehrmacht „diente dem nationalsozialistischen Unrechtsregime und war in dessen (sic!) Verbrechen schuldhaft verstrickt“, und sie sei zu einem „Instrument der rassenideologischen Kriegsführung“ geworden. Die Wehrmacht erscheint hier als bloßes Instrument, das in etwas „verstrickt“ war, was eigentlich ein anderer Akteur (das Unrechtsregime) zu verantworten hat. Verbrechen der Wehrmacht aus eigenem Antrieb scheint es nie gegeben zu haben.

Interessant ist allerdings: Während der alte Traditionserlass die Frage, ob Wehrmachtsangehörige irgendwie vorbildhaft sein könnten, überhaupt nicht thematisierte, wird im neuen Erlass ausdrücklich festgehalten, dass dies „grundsätzlich möglich“ sei, und zwar nach einem sorgfältigen „Abwägen“, das die Frage persönlicher Schuld „berücksichtigen“ müsse. Zwingend wird zudem eine Leistung erwartet, die „vorbildlich oder sinnstiftend in die Gegenwart wirkt“, genannt werden die Beteiligung am militärischen Widerstand gegen Hitler oder Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr.

Das Vorliegen persönlicher Schuld (also die „Verstrickung“ in Kriegsverbrechen) ist demnach kein zwingendes Ausschlusskriterium, sondern durch Widerstand oder Hilfe bei der Wiederbewaffnung aufrechenbar. So vermeidet es die Bundeswehr, Figuren wie Heusinger (militärischer Chefplaner unter Hitler und später erster Ge-

Tradition und Kontinuität ...



Kriegsflagge im Deutschen Reich 1871-1919 (mit kleineren Modifikationen; hier abgebildet die Version 1903-1919; 1871-1892 „Kaiserliche Kriegsflagge“, 1892-1919 „Reichskriegsflagge“)



Flagge der Reichswehr (1921-1933) im Deutschen Reich 1919-1933 („Weimarer Republik“)

neralinspekteur unter Adenauer) oder manchen Offizier des 20. Juli von der Liste streichen zu müssen. Das Hintertürchen zur Wehrmacht, das sich die Bundeswehr bislang in der Praxis immer offen gehalten hat, ist jetzt erstmals in einem Traditionserlass ausdrücklich verankert. Das kann man militärreformerisch als eingrenzende Regulierung betrachten, oder antifaschistisch als Ausdruck nach wie vor fehlenden Distanzierungswillens.

Der drückt sich auch darin aus, dass sich von der Leyen ausdrücklich für die Beibehaltung der beiden Rommel-Kasernen einsetzt. Nun ist die Forschungslage nicht ganz eindeutig, es mag sein, dass Rommel im Sommer 1944 von Attentatsplänen hat läuten hören, aber ein Widerstandskämpfer war er ganz sicher nicht. Dabei heißt es doch im neuen Erlass, dass bestehende Kasernenamen dem Traditionserlass entsprechen müssen.

Im Fall der Lent-Kaserne gibt es einen regelrechten Machtkampf: Das Ministerium will die Umbenennung (Lent hatte bis kurz vor seinem Tod im Herbst 1944 blutrünstige Durchhalteparolen von sich gegeben), der Standort sperrt sich, jetzt wird dort wahrscheinlich ein erneuter „Meinungsbildungsprozess“ von oben angeregt, so lange, bis die Truppe endlich spurt. (siehe dazu *ZivilCourage* 5/2016)

Ein kurzes Wort zur NVA: Vereinzelt war zu lesen, diese werde mit der Wehrmacht gleichgesetzt. Diese Kritik geht zu weit, hat aber immerhin zum expliziten Hinweis im Erlass ge-

führt, dass die NVA 1989 nicht hat auf Demonstranten schießen lassen. Ansonsten gilt das gleiche wie für die Wehrmacht: In Einzelfällen können auch NVA-Angehörige Vorbilder sein (was bislang aber keinem gelungen ist).

Nebenbei: Ob Tradition (egal ob mit Blick auf Wehrmacht oder Bundeswehr) tatsächlich dazu beiträgt, den Kampfwillen zu stärken, oder ob das lediglich ein Wunsch der Politik und Militärführung ist, scheint nicht ausgemacht. In Militärzeitschriften ist dazu Widersprüchliches zu lesen, und eine umfassende empirische Untersuchung dazu gibt es bislang nicht.

Mangelnden Distanzierungs willen kann man der Bundeswehr, empirisch gestützt, noch in anderer Hinsicht vorwerfen: Im Umgang mit Soldaten, die rechtsextremen Umtrieben nachgehen.

Die Linksfraktion im Bundestag fragt seit einiger Zeit Details zu den Vorfällen ab, die dem Wehrbeauftragten gemeldet wurden, und wie anschließend mit den betreffenden Soldaten verfahren wurde. Und da stellt sich heraus, dass die Truppe nicht immer, aber immer wieder an Soldaten, die Naziparolen grölen oder Hakenkreuze schmieren, festhält, ja, ihnen sogar den weiteren Zugang zu Waffen gestattet.

Da posiert jemand mit einer Hakenkreuz-Tasse, spielt Kameraden Musik von Nazigruppen vor, freut sich auf den Mali-Einsatz, weil er dort „den Schwarzen die Köpfe wegschießen“ könne, entlarvt sich selbst als Reichs-

bürger, beleidigt eine Kameradin mit „Heil Hitler, du Fotze“, entbietet ausgerechnet gegenüber Polizisten den Hitlergruß – und kommt teilweise mit Verwarnungen oder Disziplinarbußen davon, wird aber weiter an der Waffe ausgebildet. Manchmal werden die Betreffenden auch vorzeitig entlassen – der Umgang ist uneinheitlich, weil, wie das Ministerium betont, vom jeweiligen Kommandanten stets der „Einzelfall“ geprüft werde.

162 Meldungen waren voriges Jahr verzeichnet (99 mehr als 2016). Um auch einmal etwas Positives herauszustellen: Es scheint tatsächlich mehr Soldaten als früher zu geben, die bereit sind, rechtsextremes Verhalten ihrer Kameraden zur Meldung zu bringen. Eigentlich keine schlechte Sache. Wenn diese Soldaten dann aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass ihre braunen Kameraden bei der Truppe verbleiben, erhalten sie postwendend das Signal, dass sich das Risiko, als Denunziant oder Kameradenschwein zu gelten, nicht rentiert.

Unterm Strich zeigt sich, dass die Bundeswehr nach wie vor nicht bereit ist, sich dem Rechtsextremismusproblem in ihren Reihen zu stellen. Was soll sie auch machen, außer an Symptomen herumzudoktern? Denn Neonazis fühlen sich ja von gewaltaffinen, patriarchalen Strukturen überdurchschnittlich angezogen. Bundeswehr abschaffen, wäre daher auch für den Antifaschismus die richtige Forderung.

Frank Brendle ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg.



„Reichskriegsflagge“ im Deutschen Reich („Drittes Reich“) 1933-1945 (mit einer leichten Modifikation 1937/38; von 1933-1935 wurde als „Reichskriegsflagge“ die Flagge der Reichswehr ohne das Schwarz-Rot-Gold der Republik verwendet)



Aktuelle Selbstdarstellung der Bundeswehr in alberner Marketing-/Reklamesprache unter Verwendung des „Eisernen Kreuzes“; eine „Bundeskriegsflagge“ gibt es (noch) nicht; als Flagge verwendet die Bundeswehr die „Bundesdienstflagge“ (schwarz-rot-gold mit „Bundesschild“ und „Bundesadler“) und dieser weitgehend entsprechende Truppenfahnen

... immer dabei:
das Eiserne Kreuz

Nein zu Panzern als „autonome Kampfroboter“

Weitere Aufrüstung zur vernetzten Operationsführung der Bundeswehr mit elektronischer Kampfführung

Von Ralf Cüppers

Die ECR-Tornados (*Electronic Combat Reconnaissance, Elektronische Kampfführung und Aufklärung*) in Jagel sind bereits für die elektronische Kampfführung (*Eloka*) auferüstet. Das Lokalisieren eines Zieles und das Abschießen von Raketen, die sich ihr Ziel selbstständig suchen, erfolgen weitgehend automatisiert.

Für die Bundeswehr werden nach den Tornados nun auch die Leopard-2-Panzer für die *Eloka* auferüstet. Die Elektronik wird von Rheinmetall Defence in Flensburg in die Panzer eingebaut. Rheinmetall Defence ist der militärische Teil des internationalen Rheinmetall-Konzerns.

Rheinmetall Defence hat mit der auf Elektronik für den militärischen Bereich spezialisierten Münchener Firma Rhode und Schwarz eine „weitreichende Partnerschaft“ vereinbart, „um künftig eine führende Rolle bei der Digitalisierung der Landstreitkräfte zu übernehmen.“ Rheinmetall Defence ist daran mit 74,9, Rhode und Schwarz mit 25,1 Prozent beteiligt.

Mit der Elektronik kann der Panzer digitale Signale empfangen: „In der neuen Joint Venture-Gesellschaft verantwortet Rheinmetall den Bereich ‚Führungssysteme‘, den Bereich ‚querschnittliches Bediengerät‘ und die komplette Fahrzeugintegration. Rhode & Schwarz verantwortet mit seiner Schlüsselkompetenz der sicheren Kommunikation die Gesamtarchitektur inklusive IT- und Cybersicherheit sowie die IP-basierte Systemlösung für militärisch robusten, gesicherten Sprach- und Datentransport unter Hinzunahme von Komponenten und Lösungen anderer Hersteller.“

Es wird in der Öffentlichkeit bislang so dargestellt, als ginge es nur um Digitalfunk, mit dem ein militäri-

scher Vorgesetzter dem Panzerfahrer einen Befehl über Sprechfunk übermitteln könne, so wie auch Polizei und Feuerwehr schon den Digitalfunk nutzen. Aber Rohde & Schwarz führt aus: „Mit dem System SVFuA legt die Bundeswehr den Grundstein für eine moderne und somit zukunftsfähige taktische Kommunikation.“

Die Bundeswehr selbst drückt es im Bundeswehr-Journal so aus: „Das Konzept der ‚Vernetzten Operationsführung‘ – militärisch kurz ‚NetOpFü‘ – erlaubt es, Personen und militärische Bereiche sowie Sensoren und Effektoren miteinander zu verbinden. Dies geschieht mit Hilfe eines streitkräftegemeinsamen, führungsebenenübergreifenden und interoperablen Kommunikations- und Informationsverbundes. Eine NetOpFü-Schlüsselrolle spielt eine neue Generation von Funkgeräten, die auf der Technologie ‚Software Defined Radio‘ (SDR) basiert. Die neue Funkgerätegeneration heißt ‚Streitkräftegemeinsame verbundfähige Funkgeräte-Ausstattung‘ (SVFuA).“

Was der *Eloka*-aufgerüstete Leopard-2-Panzer kann: Er soll digitale Funksignale empfangen und auch verarbeiten können. Dabei geht es um gesicherten Sprach- und Datentransport, also auch um nichtsprachliche Daten. Dieses geschieht über ein System, das SVFuA abgekürzt wird; damit ist die „vernetzte Operationsführung“ möglich, die Personen sowie Sensoren und Effektoren verbindet, was sprachlogisch bedeutet, dass es sich bei Sensoren und Effektoren offenbar nicht um Personen handelt. Nun muss man noch wissen, dass „Effektoren“ – zu Deutsch: „Wirkmittel“ – der militärische Begriff für tödliche Waffen ist. Sensoren und Effektoren werden somit direkt verbunden, ohne dass Personen dazu nötig sind.

Am Ende dieser Entwicklung steht ein Leopard-Panzer als autonomer Kampfroboter. Was in Jagel für die Luftwaffe bereits geschieht, wird in Flensburg auf das Heer übertragen. Und ab 2019 sind solche Systeme auch für die Marine vorgesehen. Dann können auch die Kriegsschiffe mit den ECR-Tornados, den Drohnen und dem Leopard-2-Panzer über gesicherten Sprach- und Datentransport in „Echtzeit“ kommunizieren.

So funktioniert die elektronische und automatisierte Kampfführung im System der „vernetzten Operationsführung“: Die Sensoren, die sich in den ECR-Tornados und in den Drohnen befinden und von den Wullenwever-Antennenanlagen in Bramstedtlund, Daun und Gablingen empfangen werden und radargestützte satellitengestützte und funktechnische Lagebilder und Signale empfangen können, befehlen den Effektoren, also der Bewaffnung des Panzers und der Kriegsschiffe, welche Ziele sie mit ihrer Bewaffnung angreifen sollen, ohne dass ein menschlicher Akteur dazwischengeschaltet sein muss.

Der für die Elektronische Kampfführung auferüstete ECR-Tornado oder eine Drohne, Satelliten und die Wullenwever-Antennenanlagen sind mit ihren Möglichkeiten, Signale zu empfangen, die Sensoren, die ein zu vernichtendes Ziel identifizieren. Die Elektronik übermittelt die Daten, wo genau sich der nächste Panzer befindet, und rechnet aus den Koordinaten seines Standortes und denen des Zieles aus, in welchem Winkel zum Horizont und zum Längengrad das Geschützrohr so aufzustellen ist, dass das Ziel sicher vernichtet wird.

Um so etwas als anspruchsvolle Differentialgleichung und mit den Formeln der sphärischen Trigonometrie auszurechnen, benötigte ein Mensch

etwa eine Stunde. Die Elektronik schafft das „in Echtzeit“ und sendet das Ergebnis als digitales Signal an den Panzer, der sein Geschützrohr, den Effektor, entsprechend ausrichtet.

Ziel ist es, mittelfristig alle Waffensysteme und SoldatInnen kommunikativ so zu vernetzen, dass Waffen in kürzester Zeit zielgerichtet eingesetzt werden können. Informationsvorsprung und Zeitersparnis sind ein wesentlicher militärischer Vorteil im Kriegseinsatz.

Wenn der Soldat in einem so aufgerüsteten Leopard-2-Panzer nur noch die Funktion eines Chauffeurs hat, dann ist er verzichtbar, denn mit der Möglichkeit des Empfanges digitaler Signale wäre so ein Panzer wie eine Drohne fernsteuerbar.

Die automatisierte *Eloka* im System der Vernetzten Operationsführung bringt militärische Überlegenheit in der asymmetrischen Kriegsführung

Zu einer Zeit, in der es der Bundeswehr zunehmend schwerer fällt, Jugendliche für die Bundeswehr zu rekrutieren, muss „Manpower“ durch technologische Überlegenheit in asymmetrischer Kriegsführung ersetzt werden. Der automatisierte Krieg führt zu weniger toten oder verletzten BundeswehrsoldatInnen, so dass die Kriegsführung als solche in der Bevölkerung weniger wahrgenommen und eher akzeptiert wird.

Der Leopard-2-Panzer wird in Flensburg zusätzlich noch für Wuchtgeschosse aufgerüstet. Das Kanonenrohr wird um etwa einen Meter verlängert. Damit erhöht sich die Durchschlagskraft des Wuchtgeschosses, so dass es auch modernste Panzer durchschlagen kann.

Einige dieser so aufgerüsteten Panzer sollen auch an Jordanien geliefert werden, von wo auch schon die Tornados aus Jagel ihre Kriegseinsätze in Syrien fliegen. Damit tragen diese zur weiteren Destabilisierung der Region bei.

Rheinmetall erhöht seine Gewinne durch Tod, Leid und Zerstörung. Der

Gesamtkonzern Rheinmetall erwartet in diesem Jahr ein Umsatzwachstum in Höhe von rund 6 Prozent, ausgehend von einem Jahresumsatz in Höhe von 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2016. Rheinmetall Defence hat ein Umsatzwachstum von 5,9 Prozent auf 2,025 Milliarden Euro und eine Ergebnisverbesserung um 28 auf 60 Millionen Euro.

Der Konzern Rheinmetall könnte ohne größeren finanziellen Schaden auf den militärischen Bereich verzichten und Rüstungskonversion betreiben, wenn A b r ü s t u n g politisch gewollt wäre. Jeder Einwohner der Bundesrepublik ist an der Aufrüstung der Bundeswehr durch Rheinmetall Defence

mit 25 Euro pro Jahr beteiligt, die aus unseren Steuerzahlungen an das Unternehmen fließen.

Auch eine Bundeswehr, die auf vernetzte Operationsführung, Cyberkrieg, Drohnen und *Eloka* mit vollautomatisierten Panzern verzichtet, wäre immer noch schädlich, gefährlich, sinnlos und teuer. Demokratie, Frieden und ein Leben in Sicherheit für die Menschen können aber nicht durch Aufrüstung, Militär und Krieg hergestellt oder gesichert werden. Deswegen ist die Alternative allgemeine und vollständige Abrüstung. Wir wollen hier mit der Abschaffung der Bundeswehr anfangen, hin zu einer Welt ohne Militär.

Rheinmetall Defence soll nicht mehr ungestört das Kriegsgeschäft

betreiben können. Deswegen werden wir mit Mahnwachen und Aktionen vor Rheinmetall Defence in Flensburg, Werftstraße 24, protestieren. Die nächste Aktion findet am 28. Mai um 14 Uhr statt, wenn die Arbeiter Feierabend haben.

Seit Sommer 2015 finden regelmäßig Mahnwachen und Aktionen am Drohnen- und Tornadostandort Jagel statt, um gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen und



„Bundeswehr abschaffen“: Klare Forderung beim Ostermarsch in Flensburg

Foto: DFG-VK Flensburg

die Kriegsbeteiligung der Tornados aus Jagel zu protestieren.

Diese Aktionen gehen weiter: Am 26. Mai findet der „Lauf zwischen den Meeren“ von Husum nach Damp auch über den Fliegerhorst Jagel statt, und friedensbewegte Läufer*innen nehmen am Lauf teil. Wir wollen wir mit möglichst vielen künstlerischen und handwerklichen Aktivitäten möglichst viele Zufahrten zum Standort Jagel blockieren. An diesem Tag soll unsere Kreativität wirksam werden gegen den Krieg.

Wir laden herzlich dazu ein, an den Aktionen vor Rheinmetall Defence und am Fliegerhorst Jagel teilzunehmen.

Ralf Cüppers ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Flensburg.

... zum Beispiel die DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

Die **Besondere.** Zumindest in dieser Hinsicht ist unsere Gruppe etwas Besonderes: Unser Gebiet erstreckt sich in drei Bundesländer, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Bei der Analyse unserer Mitgliederstruktur stellten wir fest, dass nicht wenige unserer Mitglieder auf der linken Rheinseite wohnen. Deshalb kamen wir zu der Ansicht, dass es sinnvoll ist, dem im Gruppennamen Rechnung zu tragen, und nennen uns seither Gruppe MA-LU. Und wir wollen damit auch signalisieren, dass wir gerne einen Brückenschlag zwischen den sich in mancher Hinsicht fremden Städten voranbringen wollen.

Die DFG-VK ist eine Basisorganisation mit annähernd 70 Gruppen und 11 Landesverbänden sowie dem Bundesverband, der als eingetragener Verein den formalrechtlichen Rahmen für alle Gliederungen bildet. Nach der Satzung ist die „Aufgabe der Gliederungen, friedenspolitische Arbeit in ihrem Bereich zu leisten und sich an den Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktionen des Verbandes zu beteiligen. Sie regeln ihre Gremien und ihre Arbeitsweisen sowie ihre Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte selbstständig.“ Das macht die Vielfalt und thematische Breite der DFG-VK aus.

An dieser Stelle werden in der *ZivilCourage* unter der Überschrift „DFG-VK vor Ort“ regelmäßig DFG-VK-Gruppen mit ihrer Arbeit präsentiert.

Die Adressen aller Gruppen und Landesverbände finden sich im Internet unter <https://www.dfg-vk.de/kontakte>

Unsere Gruppe hat 39 Mitglieder, wobei uns die Frage bewegt, wie es uns gelingen kann, mehr Menschen zum Beitritt zu bewegen. Nach einer langen Durststrecke ohne jeden Neuzugang verzeichnen wir seit etwa vier Jahren eine Trendwende. Es treten wieder Leute ein, wobei es besonders erfreulich ist, dass viele jüngeren Alters sind. Das ist gut so, denn es senkt unser hohes Durchschnittsalter. Auffällig ist, dass wir viele sehr treue Mitglieder haben, die ihre pazifistische Grundhaltung seit ihrer Kriegsdienstverweigerung bewahrt haben. Das ist vor dem Hintergrund einer (schleichenden) Militarisierung der Politik ermutigend. Und es ist positiv, weil wir aufgrund der dauerhaften Beitragszahlungen Flyer und Plakate oder auch das Friedensbüro mitfinanzieren können.

Wir sind präsent! Das Besondere an unserer Gruppe ist sicherlich, dass sie präsent ist. „Präsent“ meint laut Duden „anwesend, gegenwärtig“. Interessanterweise steht das Substantiv „Präsenz“ neben Anwesenheit auch für Ausstrahlungskraft. Das heißt, dass wir natürlich Mahnwachen, Kundgebungen und ab und an eine Demo (mit-)organisieren und auch ganz klassisch unspektakulär mit einem Infostand draußen sind. Wir wollen gesehen und gehört werden, so dass auch Leute aus der Straßenbahn heraus auf einen Blick erkennen können, wofür wir stehen.

Wir wollen ansprechbar sein, gehen aber auch auf die Leute zu und bitten sie um ihre Unterschrift für eine Protestpostkarte oder eine Petition. Letztere gibt es im Internet zuhauf, es haftet ihnen aber auch eine gewisse Unverbindlichkeit an, und sie sind unsichtbar, wenn der PC oder das Smartphone ausgeschaltet sind.

Wir wollen damit auch den öffentlichen Raum erhalten, der immer stärker den Vermarktungsstrategien zahlungskräftiger transnationaler Konzerne unterliegt. Chatten, posten und liken ist nicht verkehrt, das (Streit-)Gespräch mit lebhaften BürgerInnen und mit Zuhören und Argumentieren sind ebenfalls wichtig und oft erstaunlich lehrreich.

Auch das prägt unsere Gruppe: jahrzehntelange Erfahrung gepaart mit jungem Elan. Soll heißen, dass die Gruppenarbeit vor allem von drei Aktiven getragen wird, zwei davon ältere Semester und einer, der sein Studium vor noch nicht allzu langer Zeit abgeschlossen hat. Je nach Anlass gesellen sich immer wieder auch andere dazu. Viele Aktivitäten werden auch in enger Kooperation mit dem Friedensplenum Mannheim durchgeführt. Dieses profitiert von der Mitarbeit von langjährig politisch aktiven Menschen mit viel Erfahrung, knabbert aber an dem Problem, dass sich kaum neue Gesichter dazu gesellen.

Transparenz und Transparent. Die drei Aktiven bringen unterschiedliche Talente ein, und eines davon ist das Erstellen von Transparenten. In einer Zeit, in der die optische Präsenz eine große Rolle spielt, ist es natürlich von Vorteil, wenn aktuelle Forderungen in weithin sichtbaren Lettern auf ansprechend gestalteten Bannern fotogerecht prangen. Hier bringt sich insbesondere Hedi Sauer-Gürth kreativ ein. Wenn wir mit unserer Panzerattrappe und dem Slogan „Legt den Leo an die Kette“ positive Reaktionen hervorrufen, dann ist auch das ihrem handwerklichen Geschick zu verdanken, mit dem sie einen alten Kinderwagen gekonnt in eine Leo-Attrappe umbaut.

Weil wir als antimilitaristisch-pazifistisch Denkende und Handelnde

de wahrgenommen werden wollen, war es uns ein wichtiges Anliegen, in die Öffentlichkeit zu gehen, präsent zu sein und unsere Analysen und Lösungsvorschläge zu präsentieren. Deshalb sind wir einmal im Monat ganz klassisch mit einem Infostand am Marktplatz oder Paradeplatz vor Ort. Paradeplatz erinnert an exerzieren, Soldaten, Gewehr und Marschmusik, an Militär also. Militärpräsenz in Form von US-amerikanischer und auch von Bundeswehr-Kasernen prägte Mannheim sehr viele Jahrzehnte. Für die US-Armee war Mannheim lange Zeit ein logistisches Drehkreuz für ihre verheerenden Einsätze auf dem Balkan und im Afghanistan- und Irakkrieg. Die DFG-VK hat sich zusammen mit anderen Gruppen und Menschen in der Friedensbewegung engagiert dagegen gewehrt.

Inzwischen hat die US-Armee ihre Kasernen und Wohngebiete freigegeben, sodass viele Konversionsprojekte möglich wurden. Das geschah nicht aus Abrüstungswillen, sondern aus militärischer Rationalisierung. Ursprünglich wollte die US-Armee auch die größte Kaserne freigeben, die 214 Hektar große Coleman-Kaserne. Nachdem in einem Bürgerbeteiligungsprozess viele konkrete Nutzungen für die Kaserne erarbeitet worden waren und das Areal bereits geräumt war, erklärten die Militärs plötzlich, dass sie das Gelände doch weiterhin nutzen wollen.

Dort wo viele Jahre Apache- und andere Hubschrauber, die die Bevölkerung durch Lärm belasteten, gewartet wurden, werden heute Panzer und gepanzerte Fahrzeuge der US-Armee buchstäblich in Schuss gehalten. Das steht im Zusammenhang mit der Nato-Ostexpansion: Die Panzer werden in die neuen Nato-Staaten ins Baltikum transportiert, wo sie zur Abschreckung gegen Russland in Manövern eingesetzt werden. Das alles ist Teil eines rollierenden Systems, bei dem Panzer und Gerät vor Ort bleiben und wechselnde Einheiten von Sol-

Die Website der DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen: <https://mannheim.dfg-vk.de/mannheim-start>

dat*innen eingeflogen werden, um mit dem Gerät vor Russlands Grenzen Militäreinsätze zu trainieren. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Konfrontation zwischen Nato, USA und Deutschland einerseits und Russland andererseits ist das eine sehr gefährliche Situation. Diese gefährlichen Kurswechsel der US-Armee haben wir öffentlich angeprangert und Unterschriften für die Freigabe der Kaserne gesammelt und beim Ostermarsch und bei Spaziergängen um die Coleman-Kaserne thematisiert.

Medien- und Methodenmix. Wer heute ein Studium abgeschlossen hat, kennt sich zwangsläufig mit PC und Internet aus. Das trifft auch auf Phi-lipp Medert zu, der nicht nur ein neues Mitglied ist, sondern auch kontinuierlich mitarbeitet. Einen Generationenkonflikt gab es aber nicht, weil wir Computer und Internet für pazifistisch-antimilitaristische Ziele schon lange nut-

zen. Und wenn wir dabei auch Zeit und Aufwand einsparen können, umso besser. Wir haben uns das Wissen angeeignet, einen Flyer mit dem PC zu erstellen und wo man ihn günstig drucken lassen kann. Dazu gehört natürlich, diesen auch an geeigneten Stellen auszulegen oder ihn in einer kleineren Variante an den einen oder anderen Ampelmast oder Laternepfahl zu kleben. Das kann aufwändig und auch mal enttäuschend sein, wenn wir sehen, dass nur wenige Flyer mitgenommen wurden. Daher setzen wir auch Mailverteiler und Facebook ein, wohl wissend, dass Letzteres kein Allheilmittel ist. Oft bedarf es eines glücklichen Händchens bei der kombinierten Nutzung verschiedener Mittel. Deshalb machen wir uns auch immer wieder die Mühe, Plakate zu entwerfen, sie drucken zu lassen und im öffentlichen Raum aufzuhängen.

Wir sind sportlich (im Verein) aktiv und haben auch ansonsten vielfältige »



Foto: Stefan Philipp

Blickfang Großpuppe: DFG-VK-Aktion vor dem Mannheimer Maimarktgelände vor einer Messe, bei der auch die Bundeswehr mit einem Werbestand vertreten war

» Interessen. Dadurch sind wir vielfältig vernetzt und versuchen, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Wenn wir wandern, etwa als Naturfreundemitglied, oder joggen oder Rad fahren, tragen wir das auffällige *Frieden-geht!*-Laufshirt, um für den Staffellauf gegen Rüstungsexporte zu werben.

Bildung ja, aber bitteschön wo-für?! Es ist heute ein Kinderspiel, Fotos zu schießen, zu speichern und zu verbreiten. Doch auch das kann aufwändig sein so wie auch das Betrachten (zu) üppiger Bildergalerien. Das kann die Bereitschaft unterhöhlen, sich (immer wieder) mit längeren Texten oder gar ganzen Büchern auseinanderzusetzen.

Angesichts von Falschmeldungen, dubiosen Internetseiten und mittels

Suchmaschinennutzung angeeignetem Halbwissen war es uns ein sehr wichtiges Anliegen, uns wieder mehr mit den Inhalten zu beschäftigen. Das bedeutet, seriöse und verlässliche Quellen zu finden, auszuwählen, zu lesen und – oft unterschätzt! – darüber zu diskutieren. Deshalb kamen wir auf die Idee mit dem Projekt „MontagsDiskU!“.

DiskU steht für Diskussion und ist mit dem Wochentag kombiniert. Den kann man sich besser merken und die Sache besser planen. Wir wollten nicht nur unter uns bleiben, sondern bildungsinteressierte und diskussionswillige Menschen erreichen und uns mit interessanten (aktuellen oder grundlegenden) Themen auseinandersetzen. Daher haben wir sechs Themen ausgewählt und diese mittels Flyer und Internet und Facebook be-

kannt gemacht. In unserem Internetauftritt haben wir für jedes Thema geeignete Quellen in Text, Ton und Bild ausgewählt. Vorrangig wählten wir Quellen aus, die von der DFG-VK und ihren Mitgliedern publiziert wurden. Dann haben wir über die Mailingliste zu jeder „MontagsDiskU!“ eingeladen und die Quellenauswahl vorgestellt.

Auch wenn die Besucherzahl – zwischen zwei und zwölf schwankend – nicht so befriedigend war, erzielten wir durch die „MontagsDiskU!“ positive Effekte. Denn durch die Themensetzung haben wir uns mit zahlreichen Themen beschäftigt und intensiv diskutiert. Auch wenn nicht so viele zur Diskussion gekommen sind, haben wir dazu beigetragen, informative Publikationen bekannt zu machen. Und wir haben überraschend viele positive Rückmeldungen für die „MontagsDiskU!“ bekommen.

Wir versuchen in unserer Arbeit, auf Bekanntes und Bewährtes zurückzugreifen und gleichzeitig neue Entwicklungen und Trends dafür zu nutzen. Weil wir uns der Gefahr bewusst sind, mit einem schlecht gepflegten Internetauftritt potenzielle Interessentinnen (dauerhaft) abschrecken zu können, widmen wir diesem Bereich die ihm gebührende Aufmerksamkeit. Angesichts einer rasanten Entwicklung von Computer- und Kommunikationstechniken versuchen wir herauszufinden, was davon arbeitssparend eingesetzt werden kann. Aber auch dabei schaffen wir es nicht immer, konsequent am Ball zu bleiben, sodass wir das Twittern lediglich vom Hörensagen kennen...

Otto Reger ist seit 1972 Mitglied und aktiv in der DFG-VK, seit 1981 in Mannheim.

DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen; c/o Friedensbüro Mannheim, Speyerer Straße 14, 68163 Mannheim; Telefon 0176-5021 83 12 (Otto Reger), 0621-858301 (Hedi Sauer-Gürth); E-Mail: mannheim@dfg-vk.de; Homepage: <https://mannheim.dfg-vk.de/mannheim-start>

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Es war kein Grund zum Jubeln, als der Bundesausschuss unseres Verbands nach langen und kontroversen Diskussionen im März den Haushalt für das Jahr 2018 beschloss: Mit einem Defizit von mehreren zehntausend Euro. Doch es ist für die aktuelle Situation der beste Haushalt: Denn leider ist die aktuelle Zeit für einen Friedensverband wie den Unseren arbeitsreich, und auch strukturell befindet sich die DFG-VK in einer Phase, in der wichtige Weichen für die Zukunft – Stichwort „Nachwuchs“ – gestellt werden können (und müssen). Wie die letzten Haushalte zeigen, wurde am Jahresende auch immer weit weniger ausgegeben als geplant. Zudem konnten wir etwa die Druckkosten für Materialien stark senken. Und durch den Ausbau des Fundraisings – vielleicht habt ihr es mitbekommen – nehmen wir immer mehr Spenden ein, und auch die steigenden Mitgliedszahlen helfen bei der Finanzierung unserer Friedenspläne. Dennoch müssen wir (wie unser Verband auch aus seiner Historie weiß) ein kritisches Auge auf die Finanzen haben und gewissenhaft mit den Geldern, die uns für unsere Friedensarbeit zur Verfügung stehen, umgehen.

Deeskalation jetzt! „Get ready Russia“ schrieb US-Präsident Donald Trump im April zum bevorstehenden Raketenangriff seines Militärs auf Syrien, wo russisches Militär an der Seite Bashar Al-Assads kämpft. Es drohte eine direkte militärische Eskalation zwischen den USA und Russland. Auf unserer Facebook-Seite sahen einige Kommentatoren einen dritten Weltkrieg bevorstehen. Doch ruhig und keine Panik: Wer den Kopf schon vor dem Krieg verliert, kann nicht mehr daran arbeiten ihn zu verhindern! Viele DFG-VK-Aktive haben das glückli-

cherweise beherzigt, und in zahlreichen Städten fanden Aktionen statt. Besonders die von der DFG-VK mitgetragene Kampagne „Macht Frieden – Zivile Lösungen für Syrien“ macht aktuell sehr gute Aufklärungsarbeit, bezieht Stellung und bietet den Menschen Handlungsmöglichkeiten an.

Und immerhin: Zwar begrüßte die Bundesregierung den (wie selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestags schrieb: völkerrechtlich „grundsätzlich unzulässigen“) westlichen Militärschlag, mitgemacht hat die Bundeswehr dabei aber nicht – das hätte durchaus anders sein können. Auch wenn nicht vergessen werden darf, dass Deutschland durch seine Aufklärungsarbeit mit Tornado-Kampffjets sehr wohl am Krieg in Syrien beteiligt ist: Unvergessen ist der Tod von mindestens 33 Zivilistinnen und Zivilisten in einem Schulgebäude im syrischen al-Mansoura am 20. März 2017 – die Aufklärungsdaten für das Bombardement lieferten Bundeswehr-Tornados. Beihilfe zum Mord!

Für uns gilt es, die Menschen und die Politik für unsere Alternative zur aggressiven Militärpolitik sowohl der westlichen als auch anderer Staaten zu gewinnen: Die Waffen nieder! Abrüsten statt Aufrüsten! Und der Ruf nach der Friedensbewegung – nach uns – wird größer. Das zeigen auch die steigenden Teilnehmerinnen- und Teilnehmer-Zahlen der diesjährigen Ostermärsche und das an den Aktionen gesteigerte mediale Interesse. Die DFG-VK als einer der größten Friedensverbände im Land steht dabei durchaus in der Verantwortung, Positionen zu brennenden Themen zu erarbeiten und sie offensiv in der Öffentlichkeit zu vertreten – so können wir den Menschen auch Orientierung geben: Was wir vertreten, führt zu Frieden!

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



Aktivitäten überall! Dabei können wir uns auch ohne die aktuelle Eskalation nicht über Langeweile beschweren: In den nächsten Monaten stehen wieder viele große und wichtige Aktionen an! Die Proteste zur Hauptversammlung des Rheinmetall-Konzerns werden von Jahr zu Jahr größer. Mitte Mai dann in Stuttgart die Proteste gegen die Rüstungsmesse ITEC, die schon jetzt als erfolgreich sind: Nochmal wird die Militärmesse die städtischen Messehallen nicht bekommen, versicherte der Stuttgarter Bürgermeister. Dennoch setzen wir natürlich nach und wollen so auch andere Messegesellschaften davor warnen, sich die ITEC in die Hallen zu holen: Denn dann protestieren wir auch bei ihnen. Auch Mitte Mai beginnt der Prozess wegen illegaler Waffenexporte gegen Heckler & Koch. Und dann startet Ende Mai auch noch „Frieden geht!“ – eines der größten Projekte der deutschen Friedensbewegung seit langem.

Diese Auflistung erfasste nur den Mai – auch in den Sommermonaten sind viele Aktionen geplant. Diese – immer richtig mit Videos und Fotos über unsere Kanäle gestreut – bieten uns die Möglichkeit, uns als aktiver Verband zu präsentieren, Leute anzusprechen und für uns zu gewinnen. Daher: Werdet aktiv, beteiligt euch an Aktionen oder organisiert selbst welche. Dazu gibt es auf unserer Website – www.DFG-VK.de – jetzt auch Informationen über ausleihbare Aktionssets sowie unseren Aktionsbulli: Auf einen antimilitaristischen Aktionsommer 2018!

Global betrachtet

Kriegsfrühling 2018. Von Analyse, Kritik und Gegenaktionen weltweit

Von David Scheuing

Jemen. Europas Verantwortung für Kriegsverbrechen. Eine internationale Koalition zivilgesellschaftlicher Akteure hat Klage gegen eine italienische Tochter von Rheinmetall, RWM Italien, und Offizielle der italienischen Kriegswaffenexportbehörden eingereicht. Die Klage wurde vom „European Center for Constitutional and Human Rights“, der unabhängigen jemenitischen Menschenrechtsorganisation „Mwatana“ und der italienischen antimilitaristischen Organisation „Rete Italiana per il Disarmo“ vorbereitet. Im Verfahren, das in Rom anhängig ist, wird eine Mitverantwortung dieser Akteure bei Kriegsverbrechen im Krieg im Jemen 2016 vermutet und ein Bruch des italienischen Kriegswaffenkontrollgesetzes, das Exporte in Konfliktländer verbietet. Ein Fall, der Vergleiche geradezu aufdrängt. Mehr Infos zum Fall: <https://www.ecchr.eu/fall/europas-verantwortung-fuer-kriegsverbrechen-im-jemen/> und <http://mwatana.org/en/european-responsibility-for-war-crimes-in-yemen/> (kein Druckfehler, sondern wirklich: *responsibility*; englisch). Eine Analyse zur Situation vor Ort von IMI: <http://www.imi-online.de/2018/04/04/jemen-auf-dem-weg-ins-desaster/>

Afrin: der Syrien-Krieg und seine vielen Kriege. Auch in Syrien herrscht in diesem Frühjahr Krieg. Der explizite Einmarsch der Türkei in die nordsyrische Region Afrin und die Stadt Afrin hat diesen Krieg weiter zu einem Krieg der vielen Kriege gemacht. Relativ ohnmächtig betrachtete die Welt diesen Angriff, sprach darüber, berichtete darüber.

Auch hier gilt es, Militärkooperationen weltweit zu kritisieren, die diese Kriege anfachen, Waffenexporte zu skandalisieren und zu verhinder-

dem, aufzuklären, zu dokumentieren. Das Statement der Arbeitsgruppe zur Türkei bei der WRI findet sich hier: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/turkish-peace-and-human-rights-activists-call-stop-arms-trade-turkey> (englisch). Verbreitet es und tretet selbst in Aktion. Die großen Demonstrationen in Berlin, Frankfurt und anderen Städten haben gezeigt, dass wir auch Menschen mobilisieren können – wir sollten es nutzen!

10 Prozent der Militärausgaben?

Was würde ich tun... Das Internationale Friedensbüro IPB hat für April bis Anfang Mai einen globalen Aufruf gestartet mit der Frage, wohin jede*r „10 Prozent der weltweiten Militärausgaben verschieben würde, wenn wir es könnten?“ Die Antworten sind sehr kreativ, vielfältig, und es beteiligen sich Aktivist*innen aus vielen Ländern der Welt – am einfachsten zu sehen via social-media-Kanäle ([twitter.com/@DemilitarizeDay](https://twitter.com/DemilitarizeDay)).

Wohin diese Aktion führen kann, ist offen, aber sie zeigt, welch breites Mobilisierungspotenzial Fragen nach dem Frieden hat. Nachdem die Koalitionsverhandlungen in Deutschland in Friedensfragen ein schwer zu verdauender Brocken waren – mit einer vergifteten 1-zu-1-Regelung (jeder Euro Rüstung führt zu einem Euro für „Frieden“) –, ist es wohl an uns allen, wieder vehementer größere Umverteilung



zu fordern. Nur 10 Prozent? Entweder: Aller Anfang ist klein; oder: Das kann uns nicht reichen – 100 Prozent der Militärausgaben müssen das Ziel sein. Dranbleiben!

Keine Waffen: Referendum gegen staatliche Rüstungsfinanzierung und weitere Aktionen. In der Schweiz hat GSOA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) gerade eine Kampagne für ein Referendum gestartet, das über einen Verfassungszusatz entscheiden soll, der es schweizerischen staatlichen Stellen untersagen soll, Rüstungsgeschäfte zu finanzieren. Das gilt im Initiativtext weitreichend für alle Unternehmen, die mehr als 5 Prozent ihres jährlichen Umsatzes mit Rüstungsgüterproduktion aufbringen. Die Kampagne nimmt allerdings Sportwaffen aus – ebenso wie Entminungsgeräte. Zur Inspiration mehr Informationen zur Initiative: <https://kriegsgeschaeft.ch/>

In Finnland haben Aktivistinnen von Sadankomitea und der Friedensunion in den letzten Monaten verstärkt auf potenziell illegale Waffenexporte nach Saudi-Arabien hingewiesen und sogar das Justizministerium zu einer Auskunft gezwungen. Amnesty International, Save the Children und andere Akteure schlossen sich dem Protest an und lancierten ihre eigenen Aktionen. Auch bei der Europäischen Kommission wurde Beschwerde eingelegt. Mehr dazu: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/finnish-activists-challenge-arms-exports-conflict-areas> (englisch).

Eine neue Publikation des Centre Delas aus Katalonien/Spanien schaut sich die Beteiligung der Finanzindustrie an der Waffenproduktion genauer an. Eine wertvolle Argumentations- und Informationshilfe! Hier zu finden: <http://www.centredelas.org/bancaarmada/en/> (englisch)

Die gerade neu gegründete Initiative Global Net (gn-stat.org; siehe die Titelgeschichte in diesem Heft), die die Beteiligung von Rüstungsfirmen an globalen Kriegen akribisch nachzeichnet, könnte durch mehr solcher Initiativen (Referenden, Petitionen, Mayors for Peace, usw.) noch weiter unterstützt werden.

Forscher*innen für den Frieden?

Ein breites Bündnis an Organisationen (European Network Against Arms Trade (ENAAAT), International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES), International Peace Bureau (IPB), Rete Italiana per il Disarmo, Scientists for Global Responsibility (SGR) and Vredesactie) hat eine Petition ins Internet gestellt, welche die EU dazu auffordert, keine 90 Millionen Euro bis 2020 für militärrelevante Forschung auszugeben. Der Aufruf erinnert die EU an ihren Friedensnobelpreis von 2012 und fordert, dass die EU keine weiteren Schritte hin zu einem European Defense Fund („Europäischer Verteidigungsfonds“) unternehmen, sondern das Geld ziviler Forschung und zivilen Zwecken zur Verfügung stellen soll. Wer mitzeichnen möchte, kann das hier tun: <https://www.researchersforpeace.eu/form/researchers-pledge-form> (englisch).

Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung:

weltweites Echo. Da diese Ausgabe nach dem 15. Mai erscheint, wünsche ich allen, einen schlagfertigen Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung 2018 verbracht zu haben. In diesem Jahr hatte War Resisters' International dazu aufgerufen, den Tag unter anderem mit Fokus auf Kriegsdienstverweigerung in Südkorea zu legen. Die Situation vor Ort ist immer noch schwierig, über 300 junge Menschen sitzen für bis zu 18 Monate im Knast – weil sie es wagen, sich der Militarisierung entgegenzustellen. Unsere Solidarität muss mit ihnen sein. Wer noch schreiben will, die Adressen finden sich auf der Homepage! Mehr Infos: <https://www.wri-irg.org/de/artikel/2018/werde-aktiv-freekoreancos>.

Viele von euch waren sicherlich engagiert. Mehr Aktionen und Events aus aller Welt rund um den diesjährigen Tag finden sich hier: <https://www.wri-irg.org/de/veranstaltungen/2018-05/tag-der-internationalen-kriegsdienstverweigerung>

Kriegsdienstverweigerung in Paraguay:

nicht einfach so abspeisen lassen! Die Organisation Serpaj, die im lateinamerikanischen Netzwerk der Antimilitarist*innen aktiv ist, kritisiert den neuen „Nationalen Rat für Kriegsdienstverweigerung“. Obwohl zunächst natürlich ein gutes Zeichen, dass in Paraguay Kriegsdienstverweigerung anerkannt wird, so greifen die Aktivist*innen die Tatsache an, dass der neue „Nationale Rat“ eine Begründung der Verweigerung verlangt. Diese Begründung sei allerdings gesetzlich nicht vorgesehen, und die einfache Erklärung müsse genügen. Da Serpaj begründete Zweifel an der Zuständigkeit dieses Rates anmeldet, dringt sie darauf, dass Jugendliche am Besten ihre Verweigerung gar nicht erst vor dem Rat erklären. Auch 2018 ist KDV-Beratung immer noch (überlebens)wichtig. Solidarität mit dem Widerstand gegen die schleichende Militarisierung. Mehr Infos: <http://www.ultimahora.com/serpaj-rechaza-conformacion-consejo-nacional-objecion-conciencia-n1135140.html> (spanisch).

Kurz notiert:

Europa: Aufruf zum Widerstand gegen Kriegsvorbereitungen 2018. WRI hat einen globalen Aufruf zu gewaltfreien direkten Aktionen gegen die Eurosatory Waffenmesse in Paris und den Nato-Gipfel in Brüssel im Juli gestartet. Hier der Call: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/call-outs-actions-against-war-preparations-europe> (englisch).

Armenien: Widerstand gegen neue Rekrutierungsgesetzgebung. Die Gesetzesänderung verlangt von Studierenden, sich für zwei Jahre Militärzwang nach dem Studium bereitzu-

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International



(WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

erklären, um vorher ausgenommen zu werden. Das rief große Proteste hervor trotz der erheblich repressiven Situation. Mehr: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/armenian-students-protest-against-bill-military-service> (englisch).

USA: neue Regeln zum Kriegsdienststeinsatz ab 2020? Präsident Trump hat eine Überarbeitung der Rekrutierungsregularien angeordnet. Eine Ausweitung der Rekrutierung wird diskutiert und eine noch weiterführende Militarisierung der us-amerikanischen Jugend. Doch es gibt Widerstand! Mehr: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/new-us-national-commission-military-conscription> (englisch).

Südkorea: Erneut persönliche Daten von Kriegsdienstverweigerer*innen geleakt. Obwohl die Rekrutierungsbehörde schon mehrfach wegen dieser Leaks verurteilt wurde, sind auch in diesem Jahr erneut persönliche Daten von Kriegsdienstverweigerer*innen öffentlich gemacht worden. Mehr: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/south-korea-mma-published-personal-details-cos-again> (englisch).

Facebook – „Gefällt mir nicht!“

Do

Von Frans Valenta

Nicht erst seit dem Datenmissbrauch von Cambridge Analytica hat Facebook sehr viel Vertrauen bei den Nutzern und Datenschützern verloren. Dem Datenschutz hat dieses Soziale Netzwerk niemals viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Auf der Webseite der DFG-VK gibt es im unteren Bereich einen Facebook-Button. Er dient als Link zur Facebook-Webseite. Das ist so nicht zu beanstanden. Problematisch sind Webseiten mit Like-Buttons („Gefällt mir“). Mit dem Urteil des Landgerichts Düsseldorf vom 9. März 2016 muss der Webseitenbetreiber die Einwilligung des Nutzers vor einer Platzierung des Buttons einholen. Für eine Zuwiderhandlung hat das Gericht ein Ordnungsgeld von 250000 Euro festgelegt.

fos) werden von dem mit dem Button verknüpften Plugin bereits in dem Moment abgegriffen, wo er die Seite aufruft. Weder muss der Facebook-Button angeklickt werden, noch muss der Nutzer überhaupt einen Facebook-Account haben. Das bedeutet aber einen Verstoß gegen das Telemediengesetz (TMG): Nutzer müssen immer erst gefragt werden, ob sie dem Umfang und der Art der Weitergabe Ihrer Daten ausdrücklich zustimmen.

Die Liste der Gesetzesverstöße durch Facebook ist lang:

- Notwendige Einwilligungen, etwa bei der Datenübermittlung ins außereuropäische Ausland oder beim Setzen von Cookies, die nicht zur Dienstleistung benötigt werden, werden nicht eingeholt (§ 4c Abs. 1 Nr. 1 Bundesdatenschutzgesetz [BDSG], Art. 5 Abs. 3 E-Privacy-Richtlinie).

- Eingeholte Einwilligungen genügen nicht den datenschutzrechtlichen Anforderungen § 4a BDSG, § 13 Abs. 2, 3 TMG).

- Allgemeine Geschäftsbedingungen, also die Nutzungsbestimmungen und die Datenschutzrichtlinien, enthalten überraschende, verbraucher-schädigende und aus sonstigen Gründen rechtlich unwirksame Klauseln (§§ 305 ff. BGB).

- Die gesetzlich geforderte Möglichkeit für Betroffene, ihre Ansprüche auf Auskunft, Berichtigung, Sperrung und Löschung durchzusetzen, wird teilweise völlig, in jedem Fall aber weitgehend verweigert und un-

angemessen behindert (§§ 6, 34, 35 BDSG).

- Den Informations- und Impressumspflichten wird nicht vollständig genügt (§§ 5, 6 13 Abs. 1 TMG).

- Die datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeiten lassen sich für alle Beteiligten, insbesondere auch für die Betroffenen und für Aufsichtsbehörden, nicht klar erkennen (§§ 3 Abs. 7, 4 Abs. 3 BDSG).

- Die Pflicht zur vollständigen Löschung von Daten, etwa wegen der Verletzung von Persönlichkeitsrechten, nach Abschalten eines Accounts oder wegen Zeitablaufs, wird nicht umgesetzt (§ 35 Abs. 2 BDSG).

- Daten Dritter werden ohne Einwilligung und ohne gesetzliche Legitimation verarbeitet (§§ 28, 29 BDSG, §§ 14, 15 TMG).

- Beim Einsatz des biometrischen Verfahrens der Gesichtserkennung werden die schutzwürdigen Betroffeneninteressen missachtet (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG).

- Den besonderen Legitimationsanforderungen für die Verarbeitung von sensiblen Daten wie z.B. Gesundheitsdaten wird nicht genügt (§§ 3 Abs. 9, 4a Abs. 3, 28 Abs. 6-9 BDSG).

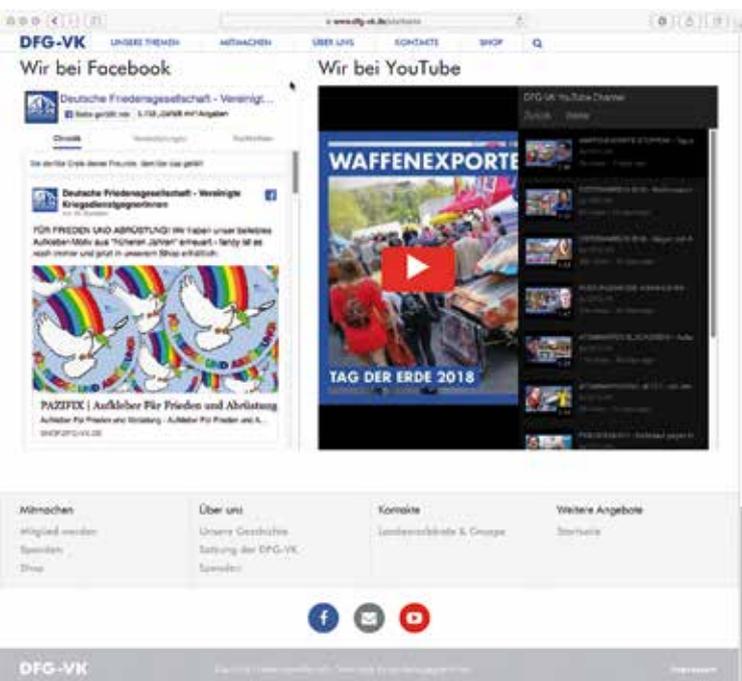
- Es erfolgt bei Profilerstellungen keine hinreichende Information und es wird keine Widerspruchsmöglichkeit eingeräumt (§ 15 Abs. 3 TMG).

- Die pseudonyme oder (passiv) anonyme Nutzung wird trotz der grundsätzlichen Möglichkeit nicht zugelassen (§ 13 Abs. 6 TMG).

- Der Minderjährigenschutz wird nicht beachtet (u. a. §§ 106 ff. BGB).

- Angebotene Bezahlfverfahren entsprechen nicht den datenschutzrechtlichen Anforderungen (§§ 28-28b BDSG).

- Die Inhalte der Individualkommunikation werden unter Verletzung des Telekommunikationsgeheimnisses



Die DFG-VK-Homepage mit dem Hinweis und Link auf Facebook

Warum ist die Einbindung eines derartigen Buttons so brisant? Die personenbezogenen Daten eines Seitenbesuchers (IP-Adresse, Cookie-In-

formationen) werden von dem mit dem Button verknüpften Plugin bereits in dem Moment abgegriffen, wo er die Seite aufruft. Weder muss der Facebook-Button angeklickt werden, noch muss der Nutzer überhaupt einen Facebook-Account haben. Das bedeutet aber einen Verstoß gegen das Telemediengesetz (TMG): Nutzer müssen immer erst gefragt werden, ob sie dem Umfang und der Art der Weitergabe Ihrer Daten ausdrücklich zustimmen.

aus Sicherheitsgründen kontrolliert (§88 TKG).

- Die verwendeten technisch-organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen sind ungenügend (§ 9 BDSG mit Anlage).

Die Aufzählung wurde veröffentlicht in einem Artikel der *DuD* (Datenschutz und Datensicherheit) aus dem Jahre 2012. Seitdem ist nicht viel passiert. Die Justiz kümmert sich nicht darum, und kaum eine Politikerin oder ein Politiker will auf eine Präsenz in Facebook verzichten.

Das ungefragte Abgreifen und die Verarbeitung von Daten durch Cambridge Analytica hat selbst in den datenschutzsparsamen Vereinigten Staaten dazu geführt, dass der Gründer und Vorstandsvorsitzende von Facebook, Mark Zuckerberg, an zwei Tagen vor dem US-Senat und dem US-Repräsentantenhaus angehört wurde.

Dabei zeigte sich, dass der 33-jährige Milliardär in vielen Fällen zu konkreten Details keine Antwort geben konnte (oder wollte). Er sagte, dass er das Ausmaß seiner Verantwortung nicht erkannt habe, und gestand dies als Fehler ein. Da Facebook kostenlos ist, verdient Facebook Geld mit Werbung, die gezielt auf der Datenbasis der Nutzer gezeigt wird. Als Alternative brachte Zuckerberg bei der Befragung im Senat eine Bezahlvariante ohne Werbung ins Gespräch. Aber meint Zuckerberg mit „ohne Werbung“ auch automatisch „ohne Datenerhebung“?

Das EU-Parlament hat sich fraktionsübergreifend dafür ausgesprochen, Facebook-Chef Mark Zuckerberg ebenfalls vorzuladen. Facebook steht vor der Aufgabe, das Geschäftsmodell an die am 25. Mai 2018 in Kraft tretende Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) anzupassen. Bei Verstößen drohen dem Konzern Geldbußen bis zu 4 Prozent des Jahresumsatzes. Zudem vermeidet Facebook durch den Firmensitz in Irland Steuern in Milliardenhöhe nach dem Prinzip „Double Irish With a

Dutch Sandwich“. (siehe die Erklärung auf Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Double_Irish_With_a_Dutch_Sandwich)

Die irische Datenschutzbehörde DCP hat Facebook in einem Bericht bereits im Jahr 2011 bezüglich des Datenschutzes kritisiert und forderte bei 46 Punkten Nachbesserungen.

Ein Großteil der Anzeigen, die dazu führten, wurden von Maximilian Schrems eingebracht. Der österreichische Jurist und Datenschutzaktivist hatte vorab Facebook aufgefordert, sämtliche über ihn gespeicherte Daten zur Verfügung zu stellen. Er erhielt daraufhin 1222 Seiten, von denen er glaubte, sie gelöscht zu haben. In der Folge gründete er den Verein europa-v-facebook.org.

Vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg erreichte er, dass das sogenannte „Safe-Harbor-Abkommen“ für ungültig erklärt wurde. Er war vor dem Hintergrund der Enthüllungen von Edward Snowden zu der Auffassung gelangt, dass seine von Facebook Irland an Server in den USA übermittelten Nutzerdaten in den Vereinigten Staaten nicht hinreichend geschützt seien. 2014 initiierte Schrems eine Sammelklage gegen Facebook, der sich 25000 Personen anschlossen. Die Klage wurde aber mangels Zuständigkeit der österreichischen Gerichte abgewiesen.



Datenschutzaktivist Maximilian Schrems

„Ehrung“ für Facebook. Im Jahre 2011 wurde Facebook in Deutschland mit dem Big-Brother-Award in der Kategorie „Kommunikation“ ausgezeichnet. Ein Zitat aus der Laudatio von Rena Tangens: „Facebook, das nette



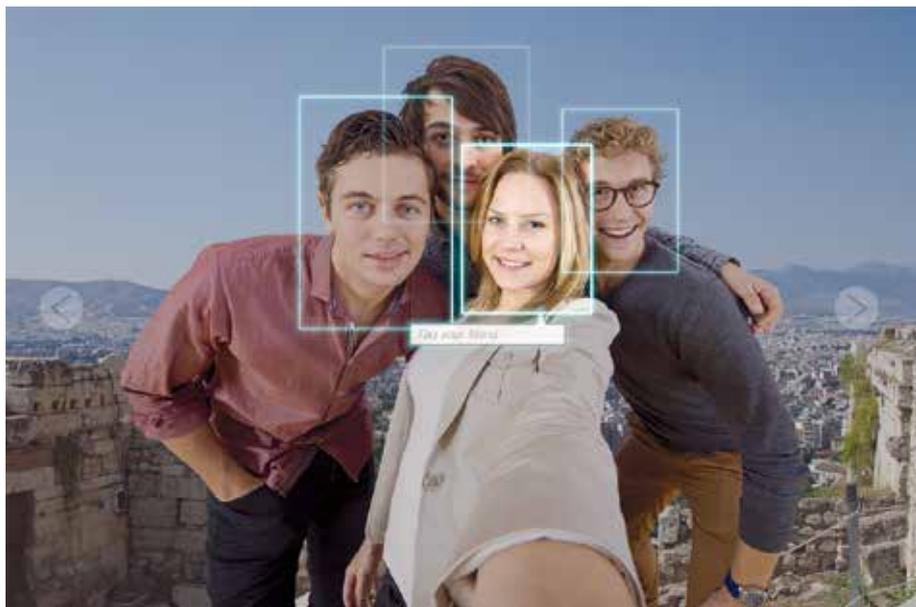
Rena Tangens „ehrt“ die Datenkrake Facebook mit dem Big-Brother-Award

„soziale“ Netzwerk, lässt George Orwells ‚Big Brother‘ blass vor Neid werden. Hier wächst eine ‚Gated Community‘ globalen Ausmaßes heran. Eine abgeschlossene Gesellschaft, in der ein Konzern die Regeln macht. Eine Datenkrake mit unendlichem Appetit – und die Leute begeben sich freiwillig in ihre Fangarme und füttern sie“. Die Laudatorin führte weiter aus: „Warum vertrauen so viele Menschen sich mit so vielen persönliche Details Facebook an? Firmengründer Mark Zuckerberg hat es vor Jahren in einem Chat auf den Punkt gebracht: ‚They trust me – dumb fucks.‘ – Sie vertrauen mir, die dumme Wichser.“

Umdenken. Der Cambridge-Analytica-Vorfall hat zu einem Umdenken bei vielen Facebook-Nutzern geführt. Inzwischen verabschieden sich auch zahlreiche Prominente von dem „Sozialen“ Netzwerk. Elon Musk, Firmenchef von SpaceX und Tesla hat seinen Account als Reaktion eines Tweets von WhatsApp-Mitbegründer Brian Acton deaktiviert. Da Facebook die Daten offensichtlich unbegrenzt speichert, wird wohl niemals eine „Löschung“ stattfinden. Einmal bei Facebook, immer bei Facebook.

Zu den von Facebook Enttäuschten gehört auch Steve Wozniak, einer der Mitbegründer von Apple. Er selbst sei bei Durchsicht seiner eigenen Datenschutz-Einstellungen erstaunt darüber gewesen, wie viele Anzeigenkategorien und Werbetreibende er einzeln aus der Liste streichen musste.

Mozilla, der Entwickler des Browsers Firefox, kündigte an, keine Wer- »



Mit Gesichtserkennung auf dem Weg zur Totalüberwachung

» bung mehr zu schalten, bis Facebook seine Datenschutzeinstellungen verbessert.

Wenn schon ein Computerpionier wie Steve Wozniak Schwierigkeiten mit den Datenschutz-Einstellungen hat, dann zeigt dies, dass das System entweder bewusst so programmiert wurde, dass Nutzer wegen der Komplexität der Konfiguration keinen Anreiz zur Beschäftigung mit den Privatsphäreinstellungen bekommen sollen, oder es ist einfach schlecht programmiert. Gegen die letzte Annahme spricht, dass Facebook seit der Gründung nichts zur Verbesserung des Datenschutzes unternommen hat und die Datensammlung sehr effizient funktioniert. Dazu passen auch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die 70 Seiten umfassen und wegen stark verklausulierten Formulierungen selbst für Juristen keine leichte Lektüre sind und die Ziele des Unternehmens durch den Umfang verschleiern.

Die Unternehmensziele von Facebook werden zusätzlich mit Know-how-Gewinn erreicht durch die hinzugekauften Programme *WhatsApp* und *Instagram*. Mit *WhatsApp* lassen sich Textnachrichten, Fotos, Videos und Dateien über das Internet versenden. *WhatsApp* lässt sich von seinen Nutzern bei der Installation weitreichende Befugnisse einräumen. So hat die „Wanzen“-App auf Mobiltelefonen Zu-

griff auf das Mikrofon, die Fotos und Standortdaten und überträgt diese Informationen unbemerkt an amerikanische Server. Für eine volle Funktionalität verlangt *WhatsApp* Zugriff auf das Adressbuch der Nutzer. Gewährt man dem Programm Zugriff auf die Kontakte, lädt das Programm die gefundenen Mobilfunknummern auf die eigenen Server hoch, um zu sehen, welche Kontakte schon vorhanden sind. Dieses Vorgehen verstößt klar gegen den Datenschutz, da die Autorisierung des Uploads der Kontakte das Einverständnis jeder einzelnen Kontaktperson erfordert. Auch in den Kontakten aufgeführte Nicht-Nutzer des Dienstes werden erfasst. So verschafft sich das Unternehmen zusätzlich zur eigenen Kern-Software umfangreiche Übersichten zum persönlichen Beziehungsgeflecht. Leider gibt es wegen mangelnder Aufklärung zu wenig Aktionen von Betroffenen, diesen Missstand zu unterbinden. Die Bemühungen von Facebook, Daten von *WhatsApp* und Facebook zusammenzuführen, sind zwar vorerst gerichtlich untersagt worden, aber Facebook will dagegen Berufung einlegen.

Facebook weiß jetzt also, wen welcher Nutzer kennt, weiß eine Menge über die Vorlieben und Abneigungen, die politischen und ethischen Einstellungen. Die Profilbilder und alle hochgeladenen Fotos müssen jetzt nur

noch erkenntnisdienlich erfasst werden. Im Zuge des anstehenden Inkrafttretens der EU-Datenschutzgrundverordnung plant Facebook in Europa, Gesichtserkennung zu starten – zwar mit einer Einverständniserklärung, aber möglicherweise wieder mit der verlogenen Begründung „eines besseren Benutzererlebnisses“. Facebook-Nutzer haben dann die Möglichkeit, bei erkannten Personen auf Fotos die Namen einzutragen. Und das geht auch bei Personen, die kein Facebook-Konto haben. Nicht nur der „Große Bruder“, sondern auch die kleine Schwester, die Ehefrau, der Onkel oder die Cousine überwachen zukünftig die Biometrie der Facebook-Nutzer. In den USA, wo die Technologie bereits eingeführt wurde, muss sich Facebook einer Sammelklage wegen der Verwendung von Gesichtserkennungssoftware stellen, hat ein kalifornischer Richter entschieden. In der Klage wird behauptet, dass Facebook biometrische Daten ohne die ausdrückliche Zustimmung der Nutzer gesammelt hat.

Die erfassten biometrischen Daten wären geeignet, den größten Teil der Bevölkerung durch Videoüberwachung erheblich präziser zu identifizieren, als dies mit dem amtlich zur Verfügung stehenden Material (Fotos im Personalausweis, Reisepass und eventuell Gesundheitskarte) möglich ist – sollten die Daten jemals in die Hände der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste gelangen. Seit den Veröffentlichungen von Edward Snowden wissen wir, dass geheimdienstliche Verbindungen existieren.

Erfolgreichste Täuschung. „Unternehmen, die mit dem Sammeln und Verkaufen von detaillierten Aufzeichnungen des Privatlebens Geld verdienen, wurden einst eindeutig als ‚Überwachungsunternehmen‘ bezeichnet. Ihr Rebranding als ‚Social Media‘ ist die erfolgreichste Täuschung seit der Umwandlung des Kriegsministeriums in das Verteidigungsministerium“. Edward Snowden (@Snowden) 17. März 2018

Facebook ist für die Benutzer kostenlos, aber der Konzern kommt dennoch voll auf seine Kosten. Das zeigt der besondere Umgang mit Nutzungsrechten. Mit komplizierten Formulierungen wird der Facebook-Anwender über die Rechte aufgeklärt, die (Instagram betreffend) vereinfacht so klingen: „Offiziell gehören dir die geposteten Fotos und Videos, aber wir dürfen sie benutzen und an andere Leute weitergeben, überall auf der Welt. Andere Leute könnten uns etwas dafür bezahlen, aber dich werden wir dafür nicht bezahlen.“

Alternativen. Jetzt taucht natürlich die Frage auf, ob es Alternativen gibt. Alle Android-Benutzer bekommen meistens beim ersten Start die Aufforderung angezeigt, ein Google-Konto anzulegen. Das ist kein Muss, aber wer sich dafür entscheidet, bekommt unter anderem die Mitgliedschaft bei Google+ angeboten und Zugang zu einem eigenen YouTube-Kanal. Auch Google ist auf das Sammeln von Daten fixiert, aber zeigt immerhin bei ähnlicher Funktionalität mehr Transparenz als Facebook. Eine datenschutzfreundlichere, trotzdem wenig ratsame Alternative ist Twitter. Datenschutzgerechte Kommunikations-Optionen: Diaspora (<https://diaspora-foundation.org>), Signal (<https://signal.org>), Telegram (<https://telegram.org>), Threema (<https://threema.ch/de>).

Empfehlungen für DFG-VK-Mitglieder ohne Facebook-Account: Entweder nicht der Facebook-Community beitreten und Alternativen in Erwägung ziehen oder zur Beobachtung einen Fake-Account mit erfundenem, aber plausiblen Namen und Phantasiedaten einrichten.

Empfehlungen für DFG-VK-Mitglieder mit Facebook-Vorratsdaten-Account: Zukünftig keine persönlichen Informationen preisgeben und die Einstellungen so verändern, dass Facebook nicht mehr so viel erlaubt wird. Bereits gepostete Artikel werden ewig aufbewahrt und können zur Erstellung von „Psychoprofilen“ herangezogen werden. „Löschen“ ist leider zwecklos – es bleibt das Deaktivieren, dann haben nur Facebook und die Geheimdienste, aber nicht der Rest der Welt darauf Zugriff.

Empfehlungen für die Facebook-Seite der DFG-VK: Wenn keine persönlichen Daten weitergegeben werden, kann das Angebot weitergeführt werden. Es sollte zumindest eine Alternative, z.B. Twitter, ergänzend dazu kommen.

Fazit: George Orwells Roman „1984“ ist angesichts der Überwachungsmöglichkeiten Facebooks von der Realität weit überholt worden.

Frans Valenta ist Datenschutzbeauftragter der DFG-VK.

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2018 im 45. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: UWS Papier und Druck in Kooperation mit Druckhaus Stil, Tränkestraße 7, 70597 Stuttgart, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail uws@druckhaus-stil.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 11. Mai. Die nächste Ausgabe erscheint im Juli, Redaktionsschluss ist der 18. Juni.



Wo war und ist die Stimme der DFG-VK?

Gedanken zu Afrin und dem völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei

Von Brunhild Müller-Reiß

Afrin ist einer von drei Kantonen, die 2014 von der Partei der Demokratischen Union (PYD) und anderen Gruppierungen in den vorwiegend kurdisch bewohnten Landesteilen im Norden Syriens gegründet wurden.

Der Verlauf des Angriffs in Mediensplittern:

- „Der Tagesspiegel“ meldet am 21. Januar 2018: „Krieg gegen Kurden in Afrin - Türkei marschiert in Syrien ein“
- An die UN-Resolution v. 24. Februar 2018 einer 30-tägigen Waffenruhe in ganz Syrien fühlt sich die Türkei nicht gebunden. Begründung: Ihr Krieg sei Terrorbekämpfung
- „Erdogans sauberer Krieg“: Das ARD-Studio Istanbul berichtet am 3. März 2018, dass im türkischen Fernsehen Militärwerbung betrieben wird: Kleine Mädchen in Soldatenuniform werden von Erdogan geherzt. Hilfsorganisationen und Augenzeugen berichten von 31 bombardierten Schulen im Bezirk Afrin.
- „Das nächste Ziel ist schon ausgemacht“, FAZ vom 19. März 2018 - Nach dem Sieg der Türkei in Afrin sagt Erdogan: „Wir werden dort nicht halt machen.“ Russland und Washington lassen die Türkei gewähren.
- 22. März 2018 – Spiegel online: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnet die Militäroffensive in Nordsyrien als „inakzeptabel“. Sie spricht von toten und flüchtenden Zivilisten. Die Türkei nennt diese Äußerung „bedauerlich“.
- HAZ vom 26. März 2018: „Blutige Offensiven in Ost-Ghuta und Afrin sind beendet. Die Region Afrin sei vollständig unter türkischer Kontrolle, so ein türkischer General.“
- Es gab auch Proteste, die in der Regel aber nur lokal wahrnehmbar wa-

ren und kaum in den Medien erschienen. Die FAZ sprach am 21. März 2018 von „rund 50 pro-kurdischen Aktivisten“ vor der Parteizentrale der SPD, die die Abschaffung des PKK-Verbots „als Grundlage für die Kriminalisierungspolitik gegen Kurden“ forderten. Auf der Internetseite „Die Ruhrbarone“ fanden sich am 20. März 2018 ca. 50 Ankündigungen von Protesten gegen Erdogans Krieg gegen Afrin.

Während die Türkei in Afrin Krieg führt, liefert Deutschland eifrig Kriegsgerät: Die Bundesregierung hat während der türkischen Offensive auf Afrin Waffenlieferungen von 4,4 Millionen Euro an Ankara genehmigt.

Hier bei uns in Hannover hat der Krieg gegen Afrin die friedenspolitische, links-alternative Bewegung stark beschäftigt: Es gab kleine und größere Veranstaltungen, es gab vielfachen Protest – gemeinsam mit kurdischen Aktiven, das Thema Afrin war ein wesentlicher Bestandteil des Ostermarsches – aber wirklich große, beeindruckende Demonstrationen oder Kundgebungen (wie z.B. beim Irakkrieg), an denen sich auch breite Teile der Bevölkerung beteiligt hätten, gab es nicht.

Allerdings wurden die Newroz-Feiern in Hannover zu einem Brennpunkt der „Terrorargumentationen“ gegen kurdische und prokurdische Organisationen und Menschen, die den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Afrin nicht dulden wollten.

Am 17. März fand in Hannover, wie in den Vorjahren, eine riesengroße, bundesweite Newroz-Kundgebung auf dem Opernplatz statt. Es war aber nicht alles so wie in den Vorjahren. Nav Dem, eine kurdische Organisation, hatte die Kundgebung angemeldet. Es folgte eine Verbotsandrohung. Darauf nahm Nav Dem die Anmeldung

zurück. Stattdessen übernahmen zwei andere Gruppen alternative Anmeldungen: Die Interventionistische Linke (IL) und Tobias Pflüger von der Partei Die Linke einerseits und einige Kulturschaffende (Dehm, Hallervorden, Wecker) andererseits. Diese Kundgebungen wurden genehmigt. Und schließlich – nach einem Gerichtsurteil - auch die ursprüngliche Anmeldung, aber auf dem Messegelände, also „vor den Toren der Stadt“. Und am Ende fanden dann alle drei Kundgebungen gemeinsam auf dem Opernplatz statt.

Warum dieses Hin und Her? In den letzten Jahren hatte es keine Probleme gegeben. Offensichtlich ist der „Terrorvorwurf“ auch ein Leitmotiv für die deutsche Politik und die hannoversche Polizei gewesen.

Ich finde das unerträglich: Die türkische Regierung bedient sich des „Terrorismusvorwurfs“, um einen völkerrechtswidrigen Krieg zu führen, und allenthalben wird dies als Grund bei uns für Repression genommen: Kriminalisierung türkischer Gruppen, Menschen, Symbole. Sind wir türkeigesteuert?

Und es geht weiter: Am 10. März wurde bei einer von Ronahi, einer kurdischen Frauenorganisation in Deutschland, organisierten Demonstration die Darstellung von den drei in Paris ermordeten Frauen konfisziert. Nach einer der drei Frauen ist Ronahi benannt. Am 5. April durchsuchte ein Großaufgebot der Polizei die hannoverschen Büros des kurdischen Vereins Nav Dem. Ermittelt wurde gegen mehrere Personen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, so der Oberstaatsanwalt. Es wurde gesagt, bei einer Gedenkfeier für „Gefallene“ im Kampf um Afrin seien Kämpfer für Rojava geworben worden.

Meine Bitte: eine Diskussion in der *ZivilCourage*, in der DFG-VK zu dem Krieg der Türkei gegen Afrin. Die hat – falls ich nichts übersehen/überhört habe – nicht stattgefunden, es sei denn in einigen lokalen Bezügen. Wie stehen wir zu diesem Krieg? Wie stehen wir zu der Frage der Selbstverteidigung? Unter welchen Umständen stimmen wir einer Selbstverteidigung zu? Wo kommen dann ggf. die Waffen her? Wann verselbstständigt sich Militär und wird zu einer die Gesellschaft beherrschenden Institution?

Das sind Fragen, die ich gern diskutiert hätte – am Beispiel Rojava, wo nach Selbstaussagen eine alternative Gesellschaft zu allem Bestehenden entwickelt werden soll.

Ich jedenfalls werde mich weiterhin für Afrin und gegen dessen Besetzung, gar nicht zu reden von einer Ausweitung der Besetzung durch die Türkei, einsetzen. Ich werde mich dagegen aussprechen, dass die Türkei im Innern die Demokratie abbaut und nach außen einen völkerrechtswidrigen Krieg führt. Und ich werde

mich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung sich gegenüber der Türkei eindeutig verhält. Das, was in der Türkei passiert, geht uns alle an – so wie das, was vor und nach 1933 in Deutschland passierte, alle Menschen anging. Stärken wir den Widerstand in der Türkei! Und seien wir nach wie vor solidarisch mit Afrin! Und beobachten wir, wie die türkische Regierung weiter verfährt.

Brunhild Müller-Reiß ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Hannover.

Fotografische Ostermarsch-2018-Impressionen

von einigen Veranstaltungen, bei denen die DFG-VK maßgeblich beteiligt war – in Jagel, Rostock, Ulm, Weiden, Flensburg, Augsburg, Mainz, Düsseldorf



Den Dialog wieder entwickeln zwischen Friedensbewegung und Friedenswissenschaft

Interview mit dem DFG-VK-Aktivisten David Scheuing, der den Christiane-Rajewsky-Preis 2018 erhalten hat

Du hast gerade den Christiane-Rajewsky-Preis der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) erhalten. Herzlichen Glückwunsch! Was bedeutet dir dieser Preis?

Vielen Dank. In der Tat hab ich mich sehr geehrt gefühlt, diesen Preis zu erhalten und für die eingereichte Arbeit ausgezeichnet zu werden. Es ist ein tolle Anerkennung, wenn dein Ansatz, deine Ideen, deine Arbeit von anderen auch gut gefunden wird – Kritik ist auch nötig, natürlich, aber es ist immer auch erneut motivierend, wenn es anderen auch lobenswert erscheint. Viel wichtiger ist aber, dass ich dank des Preises auch noch stärker „ins Feld“ zurückgeben kann – den Organisationen, die mich vor Ort unterstützt haben, die mir Kontakte vermittelt haben, die viel genauer Bescheid wussten als ich. Außer meinem Dank und meiner Freundschaft habe ich bislang wenig zurückgeben können – nun zu-

Der Christiane-Rajewsky-Preis der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) wird seit 1993 jährlich als Nachwuchspreis an junge WissenschaftlerInnen verliehen, die einen herausragenden Beitrag zur Friedens- und Konfliktforschung geleistet haben. Er ist dem Andenken an die Friedensforscherin Prof. Christiane Rajewsky (1935-1993) gewidmet und mit 2500 Euro dotiert.

Der diesjährige Preisträger David Scheuing ist seit November 2017 Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International.

Die Fragen stellte *ZivilCourage*-Chefredakteur Stefan Philipp.

mindest einzelne Projekte mit unterstützen zu können ist ein gutes Gefühl.

Mit dem Christiane-Rajewsky-Preis werden jüngere WissenschaftlerInnen gefördert, die einen herausragenden Beitrag zur Friedens- und Konfliktforschung geleistet haben. Wofür ist dir der Preis verliehen worden?

Das mit dem herausragend, da bin ich ja viel zu schüchtern, mir das einzugestehen. Ich denke immer, aus meinem Freundeskreis hätten das viele Menschen auch verdient gehabt, denn ihre Arbeiten sind auch wichtig, gut geschrieben und „praxisrelevant“. Das von uns gemeinsam organisierte Kolloquium hat es überhaupt erst möglich gemacht, in Reflexion und kollegialer Beratung mit dieser Arbeit auch zurande zu kommen, insofern haben auch einige andere Menschen den Preis mit bekommen. Ausgezeichnet worden bin ich für meine Masterarbeit mit dem Titel „The Balkan-Route-Corridor: Actors and Placemaking in the (fY)RoM 2014-2016“ [(fY)RoM = Former Yugoslav Republic of Macedonia].

Ich habe mir in dieser Arbeit angeschaut, wie der sogenannte „Balkanrouten-Korridor“ hat entstehen können. Die bislang stark hervorgehobene These war, dass es vor allem ein staatliches Projekt war, das auf internationaler Ebene verhandelt wurde – der Korridor reichte ja über die Territorien von mindestens fünf Staaten hinweg als eine Art transnationaler Grenzraum. Was mir aber im Rahmen der Recherche zu diesem Thema immer wieder auffiel, war, wie unterschiedlich stark staatliche Akteure de facto an der Umsetzung und Institutionalisierung eigentlich beteiligt waren.

Gleichzeitig stellte sich hier auch eine methodische und innerwissenschaftliche Frage nach der Leerstelle, die meines Erachtens bleibt, wo die Rolle(n) von „intermediären Akteuren“ oft ausgeblendet werden – also dem Block an Akteuren, die nicht selbst flüchtende Menschen sind oder als staatliche Akteure gelten. Das führt hier zu weit, aber im Kern blieb mir die Beobachtung: „Hey, was machen eigentlich diese intermediären Akteure und welche gewichtige oder weniger gewichtige Rolle spielen sie dabei, den Korridor so entstehen zu lassen, wie er zustande kam?“

Das habe ich mir dann sehr akribisch für den Kontext der (ehemaligen jugoslawischen) Republik Mazedonien angeschaut – denn diese Akteure handeln, organisieren sich und schaffen Zugänge vor allem auf der nationalen Ebene, obwohl das, was sie mit hervorbringen helfen, transnationale Organisationsformen trug.

Im Kern ist das Fazit der Arbeit, dass es vor allem problematisch ist, humanitäre nichtstaatliche Akteure aus der Gleichung zu oft außen vor zu lassen, denn sie haben eine große Rolle gespielt.

Und: Es ist notwendig, komplexe Beziehungen zwischen einer Vielzahl an Netzwerkakteuren in den Blick zu nehmen – einfache Aufstellungen „Gut/Böse“ helfen in konfliktiven Situationen oft nicht weiter. Damit stelle ich mich in eine Tradition der kritischen Grenzregimeforschung. In der Laudatio wurde dann vor allem der theoretische Ansatz oder Zugang zur Fragestellung gelobt: eine Schnittstelle zwischen handlungszentrierter Humangeographie und akteurszentrierter Friedens- und Konfliktforschung,

und die Auseinandersetzung mit der Entstehung räumlicher Ordnung in konfliktiven Situationen.

Welche Bedeutung hat für dich die Verbindung von Theorie und Praxis, also von Engagement in Friedensbewegung, DFG-VK, War Resisters' International und Friedensforschung?

Na, wenn man das jetzt so hört, wie ich über meine Arbeit erzähle, dann hat das erst mal gefühlt keinen praktischen Bezug. Auf der Ebene der praktischen Arbeit von humanitären Akteuren allerdings ging es mir durchaus um die Behandlung der Schwierigkeiten, prinzipientreu zu handeln und sich dabei nicht von staatlicher Sicherheitslogik kooptieren zu lassen – und dann auch die Organisationen kritisieren zu dürfen, die sich an einer Ausweitung des Arrestkomplexes nach dem Ende des Korridors weiter beteiligen, obwohl es auch in Widerspruch zu ihren eigenen Handlungsprämissen steht. Da hatte ich schon ganz praktische Interessen.

Mir ist wichtig, dass Theorie und Praxis keine Widersprüche sind. Es gibt zwei Systeme, die vermeintlich voneinander getrennt „Wissen“ erzeugen: Wissenschaft und „Praxis“. Theorie nutzen beide und Praxis haben beide – das aber sehr verschieden voneinander. Die Erkenntnisinteressen sind oft sehr unterschiedlich gelagert. Ich selbst mag es gerne, wenn ich meine erworbenen Privilegien der „wissenschaftlichen Qualifikation“ dafür nutzen kann, sie explizit friedenswissenschaftlichen Erkenntnissen zu kommen zu lassen.

Welche Ansätze siehst du dafür, in die Praxis der DFG-VK friedenswissenschaftliche Erkenntnisse stärker einfließen zu lassen?

Da sehe ich viele verschiedene Wege und Möglichkeiten, für jedes Thema und jede Zielvorstellung die sich innerhalb der DFG-VK finden lassen – ob diese allerdings genutzt werden (können), ist für mich fraglich.



Foto: Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Simone Wisotzki, Vorsitzende der AFK-Preiskommission, mit David Scheuing

Das hat ja auch eine historische Entwicklung: In den 1970er Jahren war mit der kritischen Friedensforschung ein ganzer Zweig der Friedensforschung deutlich näher an Friedensbewegung dran als heute; ob immer mit den richtigen Zugängen, darüber kann gestritten werden, aber mensch hat sich „verstanden“.

Heute ist die gegenseitige Rezeption von Ergebnissen und Erkenntnissen oft nicht so stark gegeben. Friedensforschung liest nicht oder nur wenig, was Friedensbewegung schreibt und umgekehrt (mit allen Ausnahmen, die sich jetzt nicht dieser Pauschalierung zurechnen lassen). Das liegt am Zugang (Wissenschaftliche Publikationen sind oft teuer und nicht öffentlich zugänglich, was ich für den eigentlichen Skandal halte), an Lebenswelten (Worum geht es eigentlich?) und an der Sprache.

Gleichzeitig gibt es via Suttner-Stiftung, IFGK (Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung), der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ und anderen sogenannten „praxisnahen“ Forschungsinstitutionen, Publikationen oder Förderungsorganen auch Möglichkeiten, sich aus

einer Sicht der Friedensbewegung diese Erkenntnisse wieder stärker anzueignen.

Ich sähe die Hauptaufgabe darin, sich wieder stärker (auch unter Zuhilfenahme der jüngeren, oft akademisch ausgebildeten Friedensaktivistinnen) an einem Dialog zu versuchen: Dazu gehört eine systematische Fortbildung der Mitglieder (öffentliche Veranstaltungen, Vorträge, Workshops, Teach-Ins, wie auch immer), eine gegenseitige Wertschätzung und Kritik (warum kommen oft sogenannte Friedens-Praktiker*innen auf wissenschaftliche Tagungen, aber nur selten umgekehrt?) und der Versuch, die eigenen Positionen auch dank wissenschaftlicher Erkenntnisse fortzubilden und zu verfeinern. Da ist aber auch „Wissenschaft“ als System gefragt, sich diesem Dialog zu stellen und mitzumachen; das ist aber selten für die eigene Karriere relevant oder interessant...

Aber sich damit aus Sicht der Friedensbewegung rauszureden, wäre für mich auch keine Antwort – wir müssen schon dranbleiben...

Für die Friedensarbeit und jede neue Kampagne könnte darüber hi- »

DER „BALKAN-ROUTEN-KORRIDOR“

ANALYSE DER AKTEURE UND ORTSPRODUKTIONEN IM GRENZREGIME - AM BEISPIEL (F)RoM 2014-2016

DAVID SCHEUING, M.A. ZENTRUM FÜR KONFLIKTFORSCHUNG, MARBURG
Korridor@zfk.uni-marburg.de

FORSCHUNGSFRAGE

(a) Wie und unter welchen Umständen konnte der Korridor und seine Orte analysiert werden im Kontext der (F)RoM und welche Ethike Julia Diez (ägyptischer Kontext)?

(b) Welche Rolle hatten intermediale Akteure in der Stabilisierung und weiteren Entwicklung des Korridors durch die (F)RoM (ägyptische Akteure)?

KONTEXT & THEORIE

DER LANGE SOMMER DER MIGRATION

Im langen Sommer der Migration zwischen dem Herbst 2014 und dem Sommer 2016 entstand ein Korridor der Grenze Europas, das dies Grenzregime der darauffolgenden Jahre radikal auf den Kopf stellte: der Balkan-Routen-Korridor (Kasparek, 2016; Speer, 2017). Der Korridor stellt eine temporäre Fluchtstabilisierung des Europäischen Grenzregimes dar, als des Systems aus Schengeneraum, Dublin II, Regulierung und Grenzkontrollen zusammengebrochen war.

Die Fallstudie erkundet die Bedingungen für die Entstehung des Korridors durch die (ehemalige jugoslawische) Republik Mazedonien (F)RoM – und hebt dabei die (schlechten) Bedingungen der intermedialen Akteure hervor.

In der Theorie tradition der handlungszentrierten Humangeographie (Worren, 1993) untersuchen die Akteure die Ortsproduktion der Akteure und fokussiert dabei die Handlungen der Akteure, ihre Motive sowie Legitimationen, Räumlichkeit, Ort und Geographie sind dabei von den Handlungen der Akteure her zu denken und als solches vollständig sozial-konstruiert.

Die Arbeit knüpft an theoretische Konzepte der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung an (Lubomir, 2016; Kasparek, 2016). Die Arbeit leistet einen Beitrag zur Neubestimmung der Geographien der Grenze.

Ein Grenzregime besteht aus der Vielzahl der daran beteiligten Akteure, ihren alltäglichen, verregelten und spontanen Handlungen, ihren Konflikten und ihrem gemeinsamen Ringen um die Grenze. Damit ist ein Regime zeitlich stabilisierbar, wenn phänomenologisch beobachtbar, aber gleichzeitig in seiner dauerhaften Konstruktion- und Herstellungsdimension bleibt ein immer instabiles Phänomen. Grenzregime sind ein Regime der Praxis.

Korridor meist dabei ein transnationalisiertes Gefüge mit mehreren in Konflikt stehender regulativer, exekutiver und institutioneller Arrangements an der Grenze, das einer Vielzahl an akkumulierten sozialen und legalistischen Akteuren Handlungsmacht (Jugendliche (Mezzadri/Furlanetto 2013). Dabei steht Transit und Exklusion in diesem Raum an oberster Stelle.

PHASEN DES KORRIDORS

1 KAMPF UM BEWEGUNGSFREIHEIT

2014 - 06/2015

praktische Interventionen: Nothilfe auf dem Routen

Problem: Kriminalisierung der Hilfe (Fluchthilferschuldung)

06/2015: Skandal um Abschiebegeplänke → „Gazi Babar“ in Skopje

Lebbyarbeit für nationale Grenzänderung → „zogy pasty“ → 72h Regelung Selbstens

Ephemere Orte des Transit durch intermediale Akteure versetzt:

- Sinan Pasha Mosque in Kumanovo
- Unterstand am Bahnhof Gevgelija

2 INSTITUTIONALISIERUNG

06/2015 - 11/2015

06/2015: erleichteter Transit durch 72h Regelung

09/2015: Ausnahmezustand in den Grenzen im Süden und Norden ausgerufen

Legt den Transit auf 2 Durchgangslager fest und schränkt Bewegungsfreiheit der Geflüchteten ein

- TC Tabanovo (Norden)
- TC Vinjuga/Geplija (Süden)

Aufbau und Betrieb der Lager fast vollständig durch intermediale Akteure = Koordinationsfunktion

3 WILLKÜRLICHER ARREST

11/2015 - 03/2016 - heute

11/2015: Einführung der SA - Regelung

03/2016: Schließung des Korridors

Lager gekennzeichnet durch willkürliche Offenheit/Unordnungs-Situation

- dauerlicher Ausschluss der Geflüchteten aus dem „Raum des Staates“

weniger Handlungsfähigkeit für intermediale Akteure

- Komplexität im geschlossenen Lagerkontext
- weibliche große Präsenz, veränderter Hilfeauftrag
- 2. Rekonstruktion der Lager

AKTEURE I

1 HANDLUNGSBEDINGUNGEN

(a) langfristiges oder kurzfristiges Engagement im Bereich Flucht/Migration betriebs Intervention der Akteure

(b) Kapazitäten sehr unterschiedlich verteilt, Kompetenzgerangel der Akteure

(c) Koordination der Akteure notwendig, um Effektivität zu erreichen und Ressourcenverschwendung zu vermeiden.

UNHCR als zentraler Koordinator/Netzwerkakteur

METHODIK

Ethnographische Grenzregimeanalyse (Cassanese, 2013)

Erhebung von Interviews:

- (a) teilnehmend Beobachtungen v.a. in einem der beiden Durchgangslager (TC Tabanovo)
- (b) semistrukturierte Interviews mit Expert*innen (19 Interviews) kooperativ/ethnographisch, Schwerpunktklärung

Auswertung der Daten: Inhaltsstrukturierende qualitative Inhaltsanalyse (Korridoranalyse)

Selbstkategorien: wurden ausschließlich zur „Inkubation“ verwendet.

AKTEURE II

2 HANDLUNGSLEGITIMATIONEN

(a) Humanitarismus

pragmatischer vs. emotionaler Humanitarismus vs. Anwälte des Migrationsmanagement

(b) Kontrolle

nur durch Kontrolle über die Routen kann „ordentliche Migration“ stattfinden

soll Schutz für Geflüchtete herstellen, entspricht aber auch dem Sicherheitsinteresse des Staates

(c) räumliche Designationen

Korridor als Raum der Sicherheit

- abgegrenzt von einem „Binnen“/„Draußen“
- abgegrenzt von Territorium der Nation („territoriale Orte“)

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Intermediale Akteure spielen als relativ handlungsmächtige Akteure eine zentrale Rolle im Aufbau des Korridors durch die (F)RoM

materielle Konstruktion und Betrieb der Lager: legalistische/Lobbyarbeit/Grenzüberwindung

Intermediale Akteure hatten zeitweise „quasi-souveräne“ Macht

Intermediale Akteure bleiben auch am Ende des Korridors in den Lagern aktiv

Komplexität in Aufrechterhaltung repressiver Systeme

Abwägung der Balance von humanitärer Intervention und Zugeständnissen an staatliche Souveränität

Eingriffsmaßnahmen in einen Nischen von Sicherheits- und humanitären Interessen

Beides dient der Depolitisierung der Interventionen der intermedialen Akteure (Sachzwing)

Langfristige Interventionen/Netzwerke von Organisationen im Bereich Migrationspolitik wurden gestärkt

lokale Interventionen und Ortsproduktionen schaffen neue Abhängigkeiten lokaler Bevölkerung

Die Betrachtung der lokalen Aushandlungsprozesse zeigt die Vielstimmigkeit der Entstehung des Korridors und mahnt eine vergleichende Analyse lokaler Bedingungen an.





Veranstaltungsplakat des Zentrums für Konfliktforschung der Uni Marburg zum Thema der prämierten Arbeit

als aktiven Pazifisten verstanden. Das hat sich auch in diesen Jahren nicht verändert. Wenn ich Karriere in der Wissenschaft machen wollen würde, wäre ich vor einigen Jahren fertig geworden mit meinem Master und inzwischen mit der Dissertation halb durch. Sieht also nicht so gut aus...

Aber im Ernst: Mir ist es wichtig, dass ich mein Engagement nicht vergesse und hinten anstelle, nur weil eine Stelle winkt. Daran mag ich mich selbst messen – und ja, bitte messt ihr anderen mich auch daran. Manchmal ist es gut, auf die Finger geklopft zu bekommen.

Gleichzeitig finde ich die Frage schwierig, weil sie die Trennung, die wir vorher schon mal diskutiert hatten, erneut aufmacht: da Wissenschaft, hier Aktivismus. Das weise ich zurück. Dieses Risiko sehe ich auf struktureller Ebene von den Ansprüchen der Systemlogiken, ja, aber individuell weise ich das zurück.

Und wo du die Ausgezeichneten der letzten Jahre ansprichst: Ich kenne einige darunter, die auch immer noch eher die Aktivistinnen unter den Forscher*innen sind.

Ihr verliert mich nicht, und ich hoffe, dass ich die Friedensbewegung nicht verliere – uneingeschränkte Solidarität oder Identifikation mit einer Organisation wirst du mir aber nicht abringen können; ebenso verliere ich meine wissenschaftliche Ausbildung nicht einfach plötzlich, und Wissenschaft verliert mich auch hoffentlich nicht. Ich bin da mit Blick auf neuere Bewegungsforschung, partizipative Forschungsmethoden und reflexivere Zugänge zu Positionalität, Privilegien und postkolonialer Forschung auch ganz zuversichtlich, dass sich diese Dualität auch im deutschsprachigen Forschungskontext langsam aber sicher auflösen wird.

» naus gelten: gut recherchiertes Informationsmaterial allen Mitgliedern zur Verfügung stellen und systematisch vermitteln, Kontakte zur „Konfliktforschung“ im weiteren Sinne aufbauen, um das Thema auch wissenschaftlich zu begleiten – Masterstudierende freuen sich oft über Anregungen für Themen – und die Bereitschaft, sich auch über den Verlauf der Kampagne mit weiteren Ergebnissen auseinanderzusetzen. Woher diese kommen, ist dabei relativ egal – als ob die Friedensbewe-

gung nicht methodologisch sauber arbeiten könnte...

Viele derjenigen, die bisher den Christiane-Rajewsky-Preis erhielten, haben später Karriere gemacht und bekleiden heute Professuren an einer Hochschule. Muss die DFG-VK damit rechnen, dich als Aktivist*in bald an den Wissenschaftsbetrieb zu verlieren?

Was heißt denn verlieren? Ich habe mich seit Beginn meines Studiums



„Ein Gespenst geht um in der DFG-VK – das Gespenst des Kommunismus.“*

* In Anlehnung an den ersten Satz des Kommunistischen Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels von 1848, hier als Überschrift zitiert als kleine Reminiszenz an Karl Marx, dessen 200. Geburtstag am 5. Mai war.

Zum Leserbrief von Wolfgang Hoepfner in der *ZivilCourage* Nr. 2/2018, Seite 30

Als persönlich Angesprochene möchte ich auf den Vorwurf von Wolfgang Hoepfner reagieren, die - auch finanziellen - Einflussversuche der DKP auf die DFG-VK bis 1989 in meinem Beitrag beim Bundeskongress verschwiegen zu haben.

Tatsächlich denke ich schon länger darüber nach, in welcher Form ich meine Erfahrungen aus dieser Zeit so aufbereiten kann, dass auch jüngere Aktive diesen Tiefpunkt unserer Verbandsgeschichte verstehen und die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen können. Vielleicht wäre dafür im nächsten Jahr anlässlich 30 Jahren Mauerfall eine passende Gelegenheit und die *ZivilCourage* der richtige Rahmen.

Nicht den richtigen Rahmen bot der Bundeskongress 2017, bei dem die Auftragslage eindeutig war: Ich sollte über Aufgaben des Pazifismus heute sprechen. Mein deutliches Plädoyer dafür, diesen Pazifismus unabhängig, aber nicht unpolitisch zu gestalten, ergibt sich nicht nur aus konkreten Erfahrungen in der Vergangenheit, sondern aus meiner heutigen Perspektive als Abgeordnete. Ich bin nämlich keineswegs damit zufrieden, dass sich meine Partei mit einiger Berechtigung als einzige Friedenspartei im Bundestag bezeichnen kann - ich wünsche mir ein Parlament, in dem alle Parteien um die beste Abrüstungs- und Friedenspolitik miteinander wetteifern.

Kathrin Vogler

Ein Gespenst geht um in der DFG-VK, das Gespenst des Kommunismus.

Da hatte ein „langjähriges Mitglied“ der DFG-VK, das bislang weder

durch besondere Beiträge zur Weiterentwicklung pazifistischer Positionen noch durch besondere antimilitaristische Aktionstätigkeit überregional aufgefallen ist, mehr als eine *ZivilCourage*-Seite gefüllt, um dieses Gespenst zu beleben. Sicher ist das real existierende Militär, hier die Bundeswehr, die wesentliche Kriegsursache, die unbedingt abgeschafft werden muss, aber Antikommunismus, die „Grundtorheit der Epoche“, führte eben auch zu Krieg. Dass es sich bei dem Beitrag um Antikommunismus handelt und nicht etwa um eine sachliche Auseinandersetzung mit der Politik der Deutschen Kommunistischen Partei wird daran deutlich, dass sich nicht etwa an programmatischen oder politischen Positionen der DKP abgearbeitet wurde, sondern an Unterstellungen – zum Beispiel:

1. „Zahlungen an Funktionäre“ (Haben wir überhaupt „Funktionäre“? Wir haben aktive Mitglieder!). Als Kommunist habe ich schon als 16jähriger nach meiner ersten Lektüre von Karl Marx „Das Kapital“ verstanden, dass mir im Kapitalismus wohl nichts anderes übrig bleibt, als meine Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen. Deshalb habe ich etwa 15 Jahre als angestellter Chefarzt von Rehabilitationskliniken gearbeitet und 13 Jahre in einer eigenen Praxis, die zu den 5 Prozent umsatzstärksten ihres Fachgebietes gehört. Nur durch ein ausreichend hohes Einkommen aus eigener Erwerbsarbeit bin ich unabhängig, meine politische Meinung frei zu vertreten. Auch in den Jahren 1993 bis 1995, in denen ich ehrenamtlicher Bundesvorsitzender der DFG-VK war, habe ich ausschließlich von meinem Einkommen als Arzt und Psychotherapeut gelebt.

Mir persönlich hat auch niemand eine finanzielle Unkorrektheit vor-

geworfen, auch die ominöse „bundesweite Untersuchungskommission“ nicht, die ist noch nicht einmal an mich herangetreten. Es wird nicht genannt, wer in der DFG-VK in welcher Höhe mit DKP-Geldern bezahlt worden sein soll. Das geschieht aus gutem Grunde. Dann müsste nämlich bewiesen werden, welcher unserer DFG-VK-„Funktionäre“, die DKP-Mitglieder sind, wann und wie korrupt gewesen war. Ohne diesen Beweis wäre es Verleumdung und strafwürdig. Also bleibt man schön im Allgemeinen und meint, damit alle DKP-Mitglieder treffen zu können.

Ein „Funktionär“, der Zahlungen von Organisationen für seinen Lebensunterhalt benötigt, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem, das trifft aber nicht nur für etwaige von der DKP finanzierte „Funktionäre“ zu, sondern für alle von anderen Organisationen finanzierten genauso.

2. sinngemäß: „An den Mitgliederverlust ist die DKP schuld.“

Es wäre schön, wenn wir von jedem Mitglied wüssten, weshalb er unsere Organisation verlässt. Mir persönlich ist kein Mitglied bekannt, der meinetwegen oder wegen meiner Partei die DFG-VK verlassen hätte. Ich habe im Laufe von über 40 Jahren Mitgliedschaft weit über 100 Mitglieder für die DFG-VK geworben und davon sind immer noch viele bei uns. Dann wäre noch zu prüfen, wer vielleicht deswegen ausgetreten ist, weil ihm der Antikommunismus in einigen Gliederungen der DFG-VK nicht gefällt, der z.B. in folgenden Formulierungen zum Ausdruck kommt:

3. „Jene Friedensbewegten der 1980er Jahre, die von „guten“ Raketen im Osten und „bösen“ im Westen schwadronierten und damit friedenspolitische Neutralität vermissen ließen“, »

» werden vorgeführt. Gab es die? Ein Zitat, wo ein DKP-Mitglied „von „guten“ Raketen im Osten“ geredet, geschweige denn schwadroniert hätte, habe ich als aufmerksamer Leser der Parteizeitung „Unsere Zeit“ nie gelesen. Das wäre nämlich zu belegen. Ein solches Zitat gibt es höchstens in der Phantasie eines Antikommunisten.

„Gute“ Raketen wären doch allenfalls die, die es „im Osten“ nicht mehr gibt. „Der Osten“ hatte unmittelbar „nach Reykjavik“ dafür gesorgt, dass alle in der DDR stationierten russischen Atomraketen abgezogen wurden. Seit 1988 war die DDR atomwaf-

fenfrei. Aber auf den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Büchel und anderswo in Deutschland warten wir noch immer. Es ist die Bundeswehr und die sie unterstützenden Parteien, die nach nuklearer Teilhabe streben. Die DKP hat mit der DFG-VK ein gemeinsames Ziel: Abrüstung. Und wenn Kommunisten wahrheitsgemäß darauf hingewiesen haben, dass die alten Atomraketen „im Osten“ eben nicht für einen Überraschungsangriff oder einen atomaren Erstschlag geeignet waren und dass „der Osten“ auf die atomare Erstschlagsoption als einseitige Abrüstungsvorleistung verzichtet hatte, heißt das doch nicht, dass nicht erstschlagstaugliche Raketen damit „gut“ wären. Auch im Zweitschlag hätten sie die Erde unbewohnbar gemacht, Die Unterschiede zu verleugnen mit dem Ziel der „friedenspolitischen Neutralität“ macht die ganze DFG-VK unglaubwürdig. Das gilt auch heute: Die Türkei hat viel mehr Militär und verschießt gegen Afrin mehr radioaktives Material, Uranmunition aus Leopard-Panzern, als die kurdische YPG mit ihren thoriumhaltigen Milan-Raketen, übrigens beides aus der Produktion kapitalistischer Konzerne aus Deutschland. Wenn ich diesen quantitativen Unterschied hervorhebe und daraus ableite, dass

mit dem Krieg aufhören und mit der Abrüstung beginnen muss, heißt das nicht, dass der bewaffnete Kampf der YPG „gut“ sei. Auch der ist tödlich, auch kurdischer Nationalismus führt zu Krieg. Trotzdem sollten wir mit den kurdischen Opfern türkischer Aggression solidarisch sein.

4. „dass DFG-VK-Gliederungen Spendengeld der DKP angenommen hatten“, trifft zumindest für meinen Landesverband nicht zu, seit ich dort mitarbeite (mehr als 40 Jahre), seit vielen Jahren als Kassierer, und in den Jahren, in denen ich geschäftsführender Bundesvorsitzender war, auch nicht für die Bundesebene. Wenn es in anderen Gliederungen der DFG-VK Mitglieder gab, die solche Spenden angenommen haben, wäre zu überprüfen, inwieweit sich dadurch die politischen Inhalte der DFG-VK verändert hatten, vorher und nachher.

Interessant wären in diesem Zusammenhang Interessenkonflikte, die sich aus finanziellen Abhängigkeiten von Mitgliedern anderer Organisationen, Parteien und Kirchen ergeben. Einer meiner Vorgänger als Bundesvorsitzender bestritt seinen Lebensunterhalt aus Mitteln der sozialdemokratischen *lfi*as, und das zu einer Zeit, als die SPD der Aufrüstung der Bundeswehr immer zugestimmt hatte; er blieb SPD-Mitglied. Trotzdem sah ich ihn als überzeugten Pazifisten.

Wenn in meine Praxis Bundeswehrangehörige als Patienten kommen, werden sie genauso menschlich und fachlich korrekt behandelt, wie ich auch Drogenabhängige und -dealer behandle oder Straftäter, die mir von der Bewährungshilfe in Therapie geschickt werden. Bin ich kein Pazifist mehr, wenn diese Behandlungen der Soldaten von der Heilfürsorge der Bundeswehr bezahlt werden? Abhängigkeiten ergeben sich dadurch sicher nicht, denn sollten alle Bundeswehrsoldaten meine Praxis einmal boykottieren, wären die entgangenen Honorare nicht so erheblich, dass es mich ärgern würde. Die freien Stunden wären sofort mit anderen Patienten gefüllt.



fenfrei. Aber auf den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Büchel und anderswo in Deutschland warten wir noch immer. Es ist die Bundeswehr und die sie unterstützenden Parteien, die nach nuklearer Teilhabe streben. Die DKP hat mit der DFG-VK ein gemeinsames Ziel: Abrüstung. Und wenn Kommunisten wahrheitsgemäß darauf hingewiesen haben, dass die alten Atomraketen „im Osten“ eben nicht für einen Überraschungsangriff oder einen atomaren Erstschlag geeignet waren und dass „der Osten“ auf die atomare Erstschlagsoption als einseitige Abrüstungsvorleistung verzichtet hatte, heißt das doch nicht, dass nicht erstschlagstaugliche Raketen damit „gut“ wären. Auch im Zweitschlag hätten sie die Erde unbewohnbar gemacht, Die Unterschiede zu verleugnen mit dem Ziel der „friedenspolitischen Neutralität“ macht die ganze DFG-VK unglaubwürdig. Das gilt auch heute: Die Türkei hat viel mehr Militär und verschießt gegen Afrin mehr radioaktives Material, Uranmunition aus Leopard-Panzern, als die kurdische YPG mit ihren thoriumhaltigen Milan-Raketen, übrigens beides aus der Produktion kapitalistischer Konzerne aus Deutschland. Wenn ich diesen quantitativen Unterschied hervorhebe und daraus ableite, dass

Es soll ja auch Christen in der DFG-VK geben, die in ihrer Kirche bleiben, obwohl die Kirchen mit Militärseelsorge die Kriegsbereitschaft fördern. Es gibt sogar DFG-VK-Mitglieder, deren Lebensunterhalt voll und ganz von Kirchen bezahlt wird!

Dass die DFG-VK antikapitalistische Forderungen gestellt hätte, etwa Enteignung der Rüstungskonzerne und Übergabe in die Hände der dort Beschäftigten zum Zwecke der Rüstungskonversion, also Umstellung in zivile Produktion, wäre doch eigentlich wünschenswert. Sich dazu durchzuringen, bedarf es nur ein wenig Vernunft und keines „Spendengeld der DKP“.

Die Petition der DFG-VK „Der Bundestag möge beschließen: Die Bundeswehr wird abgeschafft“ ist von den Vorsitzenden der DKP unterstützt worden, nicht jedoch von denen der anderen Parteien.

Der Bund für Soziale Verteidigung, in dem viele DFG-VK-Mitglieder aktiv waren und sind, gehörte einmal zu den fleißigsten Aktivisten „Für eine Bundesrepublik ohne Armee“. Aber seitdem der BSV für Projekte staatliche Fördergelder nicht etwa der DDR, sondern der BRD annimmt (z.B. 2016: 8 000 Euro vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

für die Jahrestagung 2017), kommt die Forderung „Für eine Bundesrepublik ohne Armee“ dort nicht mehr vor, obwohl BSV-Vorstandsmitglieder aus der DFG-VK kommen. Stattdessen wurde dort einem Referenten, der die Bundeswehr durch aktive Mitarbeit in deren Gremien unterstützt, ein Podium bereitet. „Beseitigung aller Kriegursachen“ sieht anders aus!

Problematisch sehe ich also diejenigen Mitglieder, bei denen finanzielle Abhängigkeiten erkennbar sind und die gleichzeitig unser Programm nicht vertreten: Da steht die „Abschaffung der Bundeswehr“ und die „Ächtung des Soldatentums“ drin. Diese klare Haltung ist das Alleinstellungsmerkmal der DFG-VK, wodurch wir uns von anderen Organisationen in der Friedensbewegung herausheben und die dazu führt, dass es sich lohnt, gerade bei uns in der DFG-VK Mitglied zu sein und nicht etwa in irgend einer anderen Organisationen der Friedensbewegung. Ist es Zufall, dass gerade solche Mitglieder, die auch für andere Parteien und Organisationen arbeiten, „Bundeswehr abschaffen“ nicht aktiv betreiben wollen und damit unsere stärkste und kräftigste und wirksamste Farbe verwässern bis zur friedenspolitischen Beliebigkeit?

Ralf Cüppers

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Wie war das noch vor ein paar Jahren? „Archaische Kämpfer“ sollten bei unserer Bundeswehr herangebildet werden, also richtig unkaputtbare Rambos. Und so mancher unserer Schleifer aus Nagold freute sich schon auf Einsätze im Dschungelcamp: Fallschirmabsprung kleiner Gruppen über dem Urwald von Neukaledonien; Hauptbewaffnung Dolch, Pfeil und Bogen; alles voller Giftschlangen, Alligatoren und Kommunisten; Überlebenswahrscheinlichkeit nach vier Tagen kaum über 20 Prozent. Und heute: Cyber-Experten müssen her! Und so sieht es dann auf den Berufsinformessen an unserem Stand auch aus: Bleichlinge sitzen in kaum erleuchteten Computerräumen und starren auf Bildschirmchen, wichtigste Dienstwaffen sind Colaflasche und Chipstüte. Der am archaischesten trainierte Finger ist nicht der Zeigefinger am Trigger des G 36, sondern der Daumen für den Auslöser der Playstation (pardon: Übungsdrohne). Kinder, Kinder, wenn das der Franz Josef Strauß wüsste ...

gez. Alex von Ligua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift



Das DFG-VK-Spendenkonto
 IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
 BIC: BFSWDE33XXX

DFG-VK-Shop

shop.dfg-vk.de
shop@dfg-vk.de
0711 - 51 89 26 26
Werastraße 10
70182 Stuttgart



Trillerpfeife
Ich pfeif aufs Militär
0,90 €*
* alle Preise zzgl. Versandkosten



Luftballon
Mach was wirklich zählt/
Frieden schaffen ohne
Waffen
24 cm
0,15 €*
* alle Preise zzgl. Versandkosten

Flyer

Broschüren

Bücher

Zeitschriften

CDs/DVDs

Buttons

Aufkleber

Luftballons/Pfeifen

Fahnen/Banner

Plakate

Taschen/Textiles/Co.



Luftballon Friedenstaube
24 cm
0,10 €*
* alle Preise zzgl. Versandkosten

* alle Preise zzgl. Versandkosten

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in
einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart



**Die Grundsatzklärung
der DFG-VK:**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

